

Die Ordnung

Grundsatzprogramm der
Christlich-Sozialen Union



Leitantrag
#dieOrdnung

Redaktioneller Hinweis:

Aus Gründen der besseren Lesbarkeit wurde weitgehend auf doppelte feminine und maskuline Bezeichnungen verzichtet. Überall, wo die männliche Form verwendet wird, ist immer auch die entsprechende weibliche Form mitgemeint.

INHALTSVERZEICHNIS

I. KLARER AUFTRAG WER WIR SIND	1
1. Da sein für die Menschen: Die CSU ist die moderne Volkspartei	1
2. Erfolgreich sein für Bayern: Die CSU ist die bayerische Partei	2
3. Bereit sein für Neues: Die CSU ist die konservative Zukunftspartei.....	3
II. FESTE WERTE WOFÜR WIR STEHEN	4
1. Das C: Vom christlichen Menschenbild zum Leben in Würde, Freiheit und Verantwortung...4	
2. Das S: Der Mensch als soziales Wesen in Gemeinschaft	5
3. Das U: Der Gedanke der Union als Einheit in Vielfalt	7
III. NEUE ORDNUNG WAS WIR GESTALTEN	8
1. Gesellschafts- und Kulturordnung: freiheitlich und gemeinsam!	8
Freiheitliches Miteinander Was unser Leitbild ist	9
Neuer Zusammenhalt Worauf es in Zukunft ankommt	10
• Zusammenhalt durch Ehe und Familie	10
• Zusammenhalt durch Bildung	11
• Zusammenhalt durch Leitkultur	13
• Zusammenhalt durch Integration	14
• Zusammenhalt durch Identität	15
2. Wirtschafts- und Sozialordnung: fortschrittlich und fair!	17
Soziale Marktwirtschaft Was unser Leitbild ist.....	18
Neue Fairness Worauf es in Zukunft ankommt.....	20
• Fairness durch Fortschritt	20
• Fairness durch Befähigung	21
• Fairness durch Arbeit	22
• Fairness durch Regeln	24
• Fairness durch Nachhaltigkeit	25
3. Staats- und Rechtsordnung: stark und verlässlich!	27
Starker Staat Was unser Leitbild ist.....	28
Neues Vertrauen Worauf es in Zukunft ankommt	29
• Vertrauen durch Schutz	29
• Vertrauen durch Ordnung	30
• Vertrauen durch Souveränität	31
• Vertrauen durch Beteiligung	32
• Vertrauen durch Öffentlichkeit	33
4. Friedens- und Sicherheitsordnung: stabil und handlungsfähig!	34
Partnerschaftliche Sicherheit Was unser Leitbild ist.....	35
Neue Handlungsfähigkeit Worauf es in Zukunft ankommt	37
• Handlungsfähigkeit durch Bereitschaft	37
• Handlungsfähigkeit durch Gemeinschaft	38
• Handlungsfähigkeit durch Partnerschaften	39
• Handlungsfähigkeit durch Stabilisierung	40
• Handlungsfähigkeit durch Begrenzung	41
5. Gute Ordnung für ein gutes Leben	42

1 I. KLARER AUFTRAG | WER WIR SIND

2 Die Christlich-Soziale Union gestaltet seit mehr als sieben Jahrzehnten erfolgreich Po-
3 litik für die Menschen in Bayern, Deutschland und Europa. Engagierte Frauen und Män-
4 ner stehen als Mitglieder und Mandatsträger im Dienst der gemeinsamen Sache. Sie
5 streben nach einer politischen Ordnung in Freiheit und Verantwortung auf Grundlage
6 des christlichen Menschenbilds.

7 Die Christlich-Soziale Union handelt im Wissen um ihre geistigen Wurzeln in der katho-
8 lischen Soziallehre, der protestantischen Sozialethik, Humanismus und Aufklärung so-
9 wie in freiheitlichen und wertkonservativen Überzeugungen. Sie hat nach den Schre-
10 cken der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft den politischen Neuanfang in Bay-
11 ern und Deutschland maßgeblich mitgestaltet: im Bewusstsein der Geschichte, über-
12 konfessionell, im Geiste der Bayerischen Verfassung und auf dem Boden des Grund-
13 gesetzes. Diese Gründungsidee ist fortwährender Auftrag.

14 Die Christlich-Soziale Union ist die politische Kraft für das moderne Bayern in Deutsch-
15 land, Europa und der Welt. Wir sehen uns in dreifacher Verpflichtung: Wir haben die
16 Menschen im Fokus, Bayern im Herzen und die Zukunft im Blick. Wir sind die moderne
17 Volkspartei. Wir sind die bayerische Partei. Wir sind die konservative Zukunftspartei.

18 1. Da sein für die Menschen: Die CSU ist die moderne Volkspartei

19 *Unsere erste politische Bestimmung ist, für die Menschen da zu sein. Als Volkspartei tra-*
20 *gen wir Verantwortung für alle Menschen. Wir nehmen sie mit ihren Anliegen ernst und*
21 *geben ihnen politische Heimat. Das christliche Menschenbild leitet uns, das Gemeinwohl*
22 *verpflichtet uns.*

23 **Wir sind die Partei mit klarem Kompass.** Die christliche Werteorientierung ist unver-
24 änderliche Grundlage unserer Politik. Als werteorientierte Volkspartei sind wir über-
25 zeugungsstark in den Grundsätzen und pragmatisch im Handeln. Wir handeln nicht
26 geleitet von Stimmungen, sondern von Werten. Wir stehen für eine klare politische
27 Haltung, ohne den alleinigen Anspruch auf Wahrheit zu erheben. Das unterscheidet
28 uns von politischen Ideologien und Utopien.

29 **Wir machen Politik für alle Menschen.** Als Volkspartei beteiligen wir alle Altersgrup-
30 pen, Geschlechter und Schichten unserer Gesellschaft, unabhängig von Einkommen
31 oder Herkunft. Wir wägen Interessen ab und treffen Entscheidungen, die sich am Ge-
32 meinwohl orientieren. Das unterscheidet uns von jenen, die nur Einzelinteressen ver-
33 folgen.

34 **Wir sind nah bei den Menschen.** Als Mitmachpartei stehen wir mit der Bevölkerung
35 und unseren Mitgliedern im engen Dialog. Wir hören auf die Menschen, ohne ihnen
36 nach dem Mund zu reden. Wir denken von den Menschen her, aber bevormunden sie
37 nicht. Wir entscheiden mit den Menschen und nicht über ihre Köpfe hinweg. Das
38 macht den Unterschied zu einer abgehobenen Politik nach dem Prinzip „die da oben,
39 wir hier unten“ aus.

40 **Wir bieten politische Heimat für bürgerliche Überzeugungen.** Als einzige Volkspartei
41 in Bayern vereinen wir soziale, liberale und konservative Grundüberzeugungen. Wir
42 sind christlich-sozial: Uns leiten Grundwerte von Menschlichkeit und Miteinander in
43 der Gemeinschaft, nicht Marktradikalität. Wir sind liberal: Eigenverantwortung und
44 Freiheit in Vielfalt sind unser Leitbild, nicht sozialistische Gleichmacherei. Wir sind kon-
45 servativ: Auf Basis fester Werte treten wir für eine Ordnung ein, mit der wir Zukunft
46 gestalten. Wir sind die Partei der bürgerlichen Mitte. Unser Anspruch, wie ihn Franz

47 Josef Strauß in dauerhafter Gültigkeit formuliert hat, ist: Rechts von der Union kann
48 kein Platz für eine demokratisch legitimierte Partei sein.

49 **Wir sind eigenständig.** Die Eigenständigkeit der CSU ist geschichtlich gewachsen und
50 hat sich bewährt. Auf Grundlage gemeinsamer Werte gestalten wir mit anderen christ-
51 lich-konservativen Parteien in Deutschland und Europa gemeinsam Politik.

52 2. **Erfolgreich sein für Bayern: Die CSU ist die bayerische Partei**

53 *Aus der tiefen Verwurzelung in der bayerischen Bevölkerung, der Liebe zur Heimat und*
54 *dem Stolz auf die mehr als tausendjährige Staatlichkeit Bayerns schöpfen wir unsere*
55 *Kraft für Bayern. Seit unserer Gründung verbinden wir das mit bundespolitischem An-*
56 *spruch und europäischer Verantwortung.*

57 **Wir sind die Partei für Bayern.** Der Anspruch als bayerische Mehrheitspartei ist uns
58 Auftrag: Wir wollen das Beste für das Land und seine Menschen. Gemeinsam bringen
59 wir Bayern voran. Wir haben Bayern erfolgreich vom Agrarstaat ins High-Tech-Zeitalter
60 geführt. Wir arbeiten täglich an der Zukunft: für eine lebens- und liebenswerte Heimat,
61 für Sicherheit und für Wohlstand. Die Erfolgsgeschichte Bayerns ist und bleibt untrenn-
62 bar mit der CSU verbunden. Wir denken zuerst an Bayern. Unsere Eigenständigkeit
63 macht uns zur kraftvollen Stimme Bayerns in Deutschland und Europa. Das unterschei-
64 det uns von allen anderen Parteien.

65 **Wir sind in Bayerns Vielfalt verwurzelt.** Die gemeinsame Identität und gelebte Regio-
66 nalität sind Bayerns Stärke. Zu Bayern gehören seine vier Stämme: die Altbayern, die
67 Schwaben, die Franken und die Sudetendeutschen mit allen Heimatvertriebenen. Zu
68 Bayern gehört die jüdische Gemeinschaft, der wir uns besonders verpflichtet wissen.
69 Zu Bayern gehören auch die Bürger, die hier neue Heimat gefunden haben. Wir sind
70 allen gleichermaßen verbunden. Keine andere Partei ist vor Ort so tief verwurzelt wie
71 die CSU. Unsere Mitglieder in allen Teilen des Landes, unsere Mandatsträger in den
72 Parlamenten, unsere Gemeinde-, Stadt-, Kreis- und Bezirksräte, unsere Bürgermeister,
73 Oberbürgermeister und Landräte: Sie wissen, was die Menschen bewegt.

74 **Wir sichern Bayerns Eigenständigkeit.** Bayern ist mehr als eine Region. Für uns bedeu-
75 tet Freistaat: die freiheitliche Gesellschaft, das freistaatliche Selbstbewusstsein und
76 der politische Anspruch der Eigenständigkeit. Wir verstehen uns als Bewahrer des kul-
77 turellen Erbes Bayerns. Wir kämpfen beständig für Bayerns Eigenstaatlichkeit und leis-
78 ten Widerstand gegen jegliche Zentralisierungsbestrebungen. Wir positionieren Bay-
79 ern als eigenständige Zukunftsregion in Europa und der Welt.

80 **Wir tragen Verantwortung für Deutschland und in Europa.** Die CSU hat von der ersten
81 Stunde an zum Gelingen der Bundesrepublik beigetragen. Wir haben die föderale Ord-
82 nung des Grundgesetzes geprägt. Wir haben uns in den Dienst unseres Landes ge-
83 stellt: beim Durchsetzen der Sozialen Marktwirtschaft ebenso wie bei der Bindung an
84 die westlichen Demokratien und an Frieden und Freiheit. Wir haben unbeirrt für ein
85 geeintes Europa und die Wiedervereinigung Deutschlands gekämpft. Auch heute ma-
86 chen wir unseren bundes- und europapolitischen Einfluss geltend: zum Wohle der Na-
87 tion und der europäischen Idee. Wir wissen um unsere deutsche, europäische und in-
88 ternationale Verantwortung. Das unterscheidet uns von Regionalparteien.

89 **3. Bereit sein für Neues: Die CSU ist die konservative Zukunftspartei**

90 *Auf dem Boden unveränderbarer Grundwerte sind wir offen für Neues. Das macht unsere*
 91 *konservative Haltung aus. Wir lehnen Veränderungen nicht ab, sondern gestalten sie. Wir*
 92 *messen den Fortschritt nicht am Machbaren, sondern an unseren Grundsätzen. So gelingt*
 93 *Zukunft und wächst Vertrauen.*

94 **Wir sind die Partei von Zukunft und Verantwortung.** Unser Handeln ist langfristig ori-
 95 entiert und setzt auf verantwortlichen Fortschritt zum Wohle aller. Wir halten am Be-
 96 währten fest und sind gleichzeitig bereit für Neues: in Gesellschaft, Wirtschaft, Wis-
 97 senschaft und Technik. Diese wertkonservative und zukunfts offene Haltung unter-
 98 scheidet uns von allen strukturkonservativen und reaktionären Kräften von Links und
 99 Rechts.

100 **Wir gehen mit der Zeit, aber nicht mit dem Zeitgeist.** Die CSU steht in der Gegenwart.
 101 Wir nehmen die Lebenswirklichkeit in den Blick. Aber wir wissen auch: Zukunft braucht
 102 Herkunft. Deshalb setzen wir auf die Verbindung von Tradition und Moderne. Wir mes-
 103 sen das Neue am Alten, bevor wir Altes durch Neues ersetzen. Für uns ist das Neue gut,
 104 wenn es besser ist, und nicht, weil es neu ist.

105 **Wir bewahren die Schöpfung für die Zukunft.** Umwelt-, Arten- und Ressourcenschutz
 106 sind globale Aufgaben, die vor der eigenen Haustüre beginnen. Wir schützen die na-
 107 türlichen Lebensgrundlagen und erhalten sie für die nachfolgenden Generationen. Das
 108 ist unsere gemeinsame Verantwortung.

109 **Wir beantworten Herausforderungen mit Lösungen.** Bereit zu sein für Neues heißt,
 110 Herausforderungen zu meistern. Wir suchen nicht einfache, sondern tragfähige Lösun-
 111 gen. Wir setzen nicht aufs Scheitern, sondern wollen den Erfolg. Wir spielen nicht mit
 112 Ängsten, sondern geben politische Antworten. Das alles trennt uns von linken wie
 113 rechten Protestbewegungen. Wir arbeiten täglich für eine lebenswerte Zukunft der
 114 Menschen und den Erfolg des Landes, weil uns das Gelingen am Herzen liegt.

115 II. FESTE WERTE | WOFÜR WIR STEHEN

116 Die Politik der Christlich-Sozialen Union basiert auf festen Werten. Sie geben ethische
117 und politische Orientierung und entsprechen der Prägung unseres Landes. Unsere
118 Grundüberzeugungen sind tief in der Mitte unserer Gesellschaft verankert und werden
119 gemeinsam gelebt. Sie entspringen den christlich-jüdischen Wurzeln, dem Humanis-
120 mus und der Aufklärung. Diese festen Werte sind uns Leitlinie und Zielvorgabe für un-
121 ser tägliches Handeln. Wir gestalten Politik, die den Menschen in den Mittelpunkt ihrer
122 Entscheidungen stellt.

123 1. Das C: Vom christlichen Menschenbild zum Leben in Würde, Freiheit und 124 Verantwortung

125 *Das C in unserer Partei steht für die christliche Werteorientierung. Unsere Grundwerte lei-*
126 *ten sich aus dem christlichen Menschenbild ab. Auf Basis dieser Werte gestalten wir eine*
127 *Ordnung, die ein Leben in Würde, Freiheit und Verantwortung ermöglicht. Im Zentrum un-*
128 *seres Denkens steht kein abstrakter Gesellschaftsentwurf. Bei uns ist der Mensch im Mit-*
129 *telpunkt, mit seiner unantastbaren Würde, seiner Freiheit und seiner Verantwortung. Un-*
130 *sere Partei steht allen Menschen offen, die sich zu diesen Grundwerten und unseren Zielen*
131 *bekennen – unabhängig von ihrem persönlichen Glauben.*

132 Orientierung am christlichen Menschenbild

133 **Der Mensch ist ein Geschöpf Gottes.** Er ist einzigartig. Das verleiht ihm Personalität.
134 Er ist frei geboren, mit Vernunft ausgestattet und befähigt, seine Eigenverantwortung
135 wahrzunehmen und sich vor Gott für sein Tun zu verantworten. Wir bekennen uns zu
136 diesem christlichen Menschenbild in seiner abendländisch-aufgeklärten Prägung. Dies
137 ist der Ausgangspunkt unserer Politik.

138 Menschenwürde, Menschenrechte und Gleichberechtigung

139 **Die Würde des Menschen ist oberster Grundwert** und unmittelbarer Ausfluss des
140 christlichen Menschenbildes. Aus ihr leiten sich alle Grundrechte ab. Sie verleiht dem
141 Menschen Wert und Anspruch auf Achtung allein aufgrund seines Menschseins. Men-
142 schen werden frei und gleich geboren. Die Menschenwürde ist unabhängig von per-
143 sönlichen Eigenschaften, Fähigkeiten, Leistungen und Erfolgen. Sie ist unveräußerlich
144 und gilt für alle Menschen gleichermaßen. Der Schutz der Menschenwürde und die
145 Gewährleistung der Menschenrechte sind uns erster Auftrag. Dazu gehört die volle
146 Gleichberechtigung von Mann und Frau.

147 **Das christliche Menschenbild verpflichtet zum Schutz des menschlichen Lebens.** Das
148 umfasst auch das ungeborene Leben. Jeder Mensch hat ein Recht auf Leben und ein
149 Recht auf Sterben in Würde. Wir schützen das menschliche Leben von seinem Anfang
150 bis zum Ende.

151 **Werteorientierte Politik stellt den Menschen in den Mittelpunkt.** Politik und die poli-
152 tische Ordnung müssen den Menschen dienen, nicht umgekehrt. Neue wissenschaftli-
153 che, wirtschaftliche oder technische Möglichkeiten haben den Menschen zum Maß
154 und nicht die Machbarkeit.

155 **Freiheit**

156 **Der Mensch ist seinem Wesen nach zur Freiheit und Selbstbestimmung berufen.** Je-
 157 der ist frei und selbst dafür verantwortlich, wie er sein Leben gestaltet. Damit der
 158 Mensch sich in Freiheit entfalten kann, müssen Sicherheit und die Befähigung zur Frei-
 159 heit gewährleistet sein. Freiheit braucht eine politische Ordnung, die ihr dient. Diese
 160 politische Ordnung muss in der Verfassung verankerte Grundfreiheiten garantieren
 161 und gegeneinander abwägen.

162 **Die Freiheit als Entfaltungsrecht jedes Individuums ist nicht grenzenlos.** Freiheit fin-
 163 det dort ihre Grenzen, wo Toleranz im Sinne von „Leben und leben lassen“ nicht mehr
 164 ausreicht, um zwischen der eigenen Freiheit und der Freiheit anderer zu vermitteln.
 165 Der Freiheitsbegriff ist nichts Abgeschlossenes. Unser Freiheitsbegriff ist zukunftssof-
 166 fen. Freiheit muss immer wieder neu gedacht werden: als Freiheit von neu entstehen-
 167 den Abhängigkeiten ebenso wie als Freiheit zu neuen Möglichkeiten.

168 **Verantwortung**

169 **Es gibt keine Freiheit ohne Verantwortung.** Der Mensch ist für sein Tun rechenschafts-
 170 pflichtig: vor Gott, vor seinen Mitmenschen und vor sich selbst. Deshalb geht Freiheit
 171 für uns zwingend mit Verantwortung einher: für sich selbst, für andere, für die Bewah-
 172 rung der Schöpfung und für kommende Generationen. Gelebte Verantwortung und ein
 173 respektvoller Umgang der Menschen untereinander sind Ausdruck der gegenseitigen
 174 Achtung von Menschenwürde und Freiheit. Menschenrechte finden damit ihre not-
 175 wendige Ergänzung in Menschenpflichten. Wir treten für eine Gesellschaft ein, die
 176 nicht allein auf Rechten gegenüber anderen, sondern auch auf Pflichten gegenüber
 177 anderen gegründet ist.

178 **Verantwortung ist uns politischer Auftrag.** Aus der Verantwortung des Einzelnen lei-
 179 tet sich politische Verantwortung für die Gemeinschaft ab. Wir stehen für eine wertge-
 180 bundene Verantwortungspolitik.

181 **2. Das S: Der Mensch als soziales Wesen in Gemeinschaft**

182 *Das S in unserer Partei steht für den sozialen Zusammenhalt. Der Mensch ist als Indivi-*
 183 *duum geboren und mit individuellen Rechten und Pflichten ausgestattet. Er braucht aber*
 184 *auch Gemeinschaft. Wir bekennen uns zu einer Ordnung, die dem Einzelnen ermöglicht,*
 185 *sich in Gemeinschaft zu entfalten. Unsere gesellschaftliche Werteordnung basiert auf den*
 186 *Leitwerten von Menschenwürde, Freiheit und Verantwortung. Aus ihnen erwachsen Sub-*
 187 *sidiarität und Solidarität, Recht und Gerechtigkeit sowie Verantwortung in der Einen*
 188 *Welt.*

189 **Subsidiarität als Eigenverantwortung**

190 **Jeder trägt für sich und die Seinen Verantwortung.** Unser Maßstab ist der eigenver-
 191 antwortliche Mensch. Mit Hilfe seiner Vernunft verwirklicht er sich selbstbestimmt und
 192 entfaltet seine Fähigkeiten. Umgekehrt lehnen wir Fremdbestimmtheit oder gar Ent-
 193 mündigung ab. Eigenverantwortung ist für uns zentrales Ordnungsprinzip einer Ge-
 194 sellschaft, die sich von unten aufbaut: Wir bekennen uns zur Subsidiarität. Das heißt:
 195 Vorrang von Eigenverantwortung vor Gemeinschaftsaufgabe und Vorrang der kleineren
 196 Einheit vor der größeren.

197

Solidarität als soziale Sicherheit

198
199
200
201
202
203
204
205
206

Solidarität ist die zwingende Ergänzung von Eigenverantwortung. Aus der Eigenverantwortung erwächst die Leistungskraft des Menschen. Sie ist Grundlage zur Unterstützung der Schwachen in unserer Gesellschaft. Auch derjenige, der trotz allem Bemühen nicht für sich sorgen kann, hat das Recht auf soziale Sicherheit und ein selbstbestimmtes Leben in Würde. Soziale Sicherheit ist eine solidarische Gemeinschaftsaufgabe von Bürgern und Staat. In der gelebten Solidarität in Familie, Nachbarschaft und Gesellschaft zeigt sich die Humanität einer Gesellschaft. Das ehrenamtliche und bürgerschaftliche Engagement hat einen unschätzbaren Wert, den es immer zu würdigen gilt.

207

Gerechtigkeit als fairer Wohlstand

208
209
210
211
212
213

Gerechtigkeit liegt in der Befähigung zu Wohlstand. Das Ermöglichen von Chancen und das Streben nach Wohlstand sind nicht Selbstzweck, sondern tragen zu einem Leben in Würde, Freiheit und Verantwortung bei. Der richtige Weg zu Wohlstand und Gerechtigkeit ist nicht staatliche Planung, sondern wirtschaftliche Freiheit und Verantwortung aller. Wir bekennen uns zur Sozialen Marktwirtschaft als einzig zukunftsfähiger Wirtschafts- und Sozialordnung.

214
215
216
217
218
219
220
221
222
223
224
225

Gerecht ist, wenn die Bedingungen für das Erreichen von Wohlstand fair sind. Unsere Kriterien für fairen Wohlstand sind: Die Teilhabe an Wohlstand muss verwirklicht werden können. Das mindeste Wohlstandsniveau muss noch auskömmlich sein. Die Erwirtschaftung des Wohlstands muss zu ethisch vertretbaren Bedingungen erfolgen. Wir treten für eine Gesellschaftsordnung der fairen Chancen ein. Sie muss Chancengerechtigkeit gewährleisten und allen Menschen unter Berücksichtigung ihrer Leistungsfähigkeit Teilhabe ermöglichen. Jeder Mensch soll an den Möglichkeiten unserer Zeit teilhaben können – unabhängig von seiner sozialen oder kulturellen Herkunft, unabhängig von Einkommen, Alter oder Geschlecht, unabhängig von körperlicher, geistiger oder psychischer Einschränkung. Jeder soll aus seinen Fähigkeiten das Beste machen können. Zugang zu Bildung, Schutz vor Diskriminierung und Wertschätzung von Leistung bilden den Schlüssel zu Teilhabe.

226

Rechtsstaatlichkeit als demokratische Herrschaft des Rechts

227
228
229
230
231
232
233
234
235
236
237
238
239
240
241
242

Der Staat ist für die Bürger da. Er zieht seine Legitimation aus dem demokratischen Auftrag seiner Bürger. Und er gewinnt Akzeptanz durch das, was er für seine Bürger tut. Alle Menschen in unserem Land haben Anspruch auf die gleichen Rechte und auf Gleichheit vor dem Gesetz. Damit eine Werte- und Gesellschaftsordnung Bestand haben kann, muss der Staat ein allgemein verbindliches Rechtssystem vorgeben und durchsetzen. Der Staat muss die Freiheit des Einzelnen sichern. Er muss den demokratischen Mehrheitswillen zur Geltung bringen. Er hat die Rechte von Minderheiten zu schützen. Dafür braucht es einen verbindlichen Ordnungsrahmen, der auf unserer freiheitlichen demokratischen Grundordnung und der Gewaltenteilung beruht. Wir bekennen uns zu einem starken Rechtsstaat. Mit seinem Gewaltmonopol garantiert er die verfassungsmäßige Ordnung und schafft Recht und Gerechtigkeit. Nur ein handlungsfähiger und starker Staat kann für Freiheit und Sicherheit sorgen. Nur eine wertbestimmte und wehrhafte Demokratie wird nicht zum Opfer ihrer eigenen Freiheit. Wir verstehen den Staat als gemeinsame Aufgabe, von den Bürgern als Souverän gestaltet. Die Bürgergemeinschaft eines Staates ist eine Verantwortungsgemeinschaft – mit Bürgerrechten und Bürgerpflichten.

243 **Frieden und Eine Welt als globale Verantwortung**

244 **Frieden ist mehr als die Abwesenheit von Krieg und Gewalt.** Frieden ist auch die Fä-
 245 higkeit zum Dialog und Miteinander der Nationen, Kulturen und Religionen. Auf Frie-
 246 den hinzuwirken, ist Auftrag und Verpflichtung aller Völker. Es ist Voraussetzung für
 247 ein Leben in Freiheit, Sicherheit und Wohlstand. Deshalb bekennen wir uns zur inter-
 248 nationalen Verantwortung Deutschlands: als treibende Kraft in einem starken Europa,
 249 als verlässlicher Verbündeter in der transatlantischen Wertegemeinschaft und als ver-
 250 antwortungsvoller Partner in den Vereinten Nationen. Unsere Verantwortung muss
 251 sich auch auf die Bedürfnisse der Einen Welt richten. Wir stehen zur Leitidee einer
 252 global-nachhaltigen Entwicklung. Im Interesse aller Völker denken und arbeiten wir an
 253 global tragfähigen Lösungen mit: für eine ökologisch, ökonomisch und sozial ausge-
 254 wogene Welt.

255 **3. Das U: Der Gedanke der Union als Einheit in Vielfalt**

256 *Das U steht für die Union im Sinne eines verbindenden Miteinanders. Wir gestalten eine*
 257 *Ordnung, die Gemeinsinn fördert, ohne die Vielfalt zu beschneiden. Wir führen Menschen,*
 258 *Positionen und Ziele zusammen, aber nivellieren keine Unterschiede. Wir geben Antwor-*
 259 *ten, die die Lösung nicht in der Vergangenheit suchen, sondern Zukunft gestalten.*

260 **Die Stärke einer Gemeinschaft liegt in Zusammenhalt und Vielfalt gleichermaßen.**
 261 Wir treten für ein Gesellschaftsmodell ein, das von freiheitlichem Miteinander und plu-
 262 raler Offenheit getragen ist. Eine solche Gesellschaft spielt einzelne Gruppen nicht ge-
 263 geneinander aus, sondern lässt alle gleichermaßen mit Rechten und Pflichten teilha-
 264 ben.

265 **Die Stärke unserer Politik liegt im Zusammenführen von vermeintlichen Gegensät-**
 266 **zen.** Bürgerwille und Gemeinwohl, Heimat und Weltoffenheit, Tradition und Moderne,
 267 Fortschritt und Nachhaltigkeit – dort, wo andere unversöhnliche Gegensätze konstru-
 268 ieren, praktizieren wir die Symbiose. Wir führen zusammen, anstatt zu spalten. Einheit
 269 in Vielfalt: Das ist unser Verständnis von Union als Sammlungsbewegung und Werte-
 270 gemeinschaft.

271 III. NEUE ORDNUNG | WAS WIR GESTALTEN

272 Die Christlich-Soziale Union gestaltet seit Jahrzehnten erfolgreich die politische Archi-
 273 titektur des Landes mit. Wir treten für eine Ordnung ein, die auf festen Werten fußt und
 274 den Menschen dient. Die Ordnung muss den Menschen Orientierung geben, Sicherheit
 275 gewähren und Entfaltung ermöglichen. Wir wollen, dass sich die Menschen auch in
 276 Zukunft auf eine gute Ordnung verlassen können: auf das freiheitliche Miteinander,
 277 die Soziale Marktwirtschaft, den starken Staat und partnerschaftliche Sicherheit. Wir
 278 sorgen für neue Ordnung.

279 1. Gesellschafts- und Kulturordnung: freiheitlich und gemeinsam!

280 *Unsere Gesellschaft war nie offener und vielfältiger als heute. Sie bietet den Menschen*
 281 *mehr Chancen als jemals zuvor, sich individuell zu entfalten. Bayern und Deutschland*
 282 *sind zum Sehnsuchtsort vieler Menschen geworden. Nun fordern Migration und gesell-*
 283 *schaftlicher Wandel unsere Gesellschafts- und Kulturordnung heraus.*

284 **Der demografische Wandel verändert unser Zusammenleben.** Es gibt immer weniger
 285 junge Menschen und immer mehr ältere Menschen. Das setzt den Generationenver-
 286 trag unter Druck. Gleichzeitig steigen die Anforderungen an die junge Generation bei
 287 Bildung, Ausbildung, Beruf und Familie. Bildungsgerechtigkeit, Generationengerech-
 288 tigkeit, Familienförderung und Teilhabe für Jung und Alt sind zentrale Aufgaben.

289 **Traditionelle Bindekräfte verlieren an Bedeutung, neue kommen hinzu.** Was früher
 290 selbstverständlich war, wird heute hinterfragt. Von der Berufswahl über den Wohnort
 291 bis zur Mitgliedschaft in einem Verein: Das alles hat nicht mehr über Jahrzehnte Be-
 292 stand. Die Menschen werden mobiler, die sozialen Bindungen veränderlicher. Immer
 293 mehr findet auch im Digitalen statt. Die Verbundenheit zur Heimat, unser Gemein-
 294 schaftsgefühl und unsere Werte werden dadurch noch bedeutsamer.

295 **Der digitale Wandel führt zu neuen Herausforderungen und Chancen.** Die digitale Re-
 296 volution betrifft alle Bereiche des Lebens. Sie stellt neue Anforderungen und eröffnet
 297 völlig neue Möglichkeiten. Ziel muss sein, dass von diesen Chancen alle profitieren
 298 können. Unser Bildungssystem hat den Umgang mit neuen Instrumentarien zu üben
 299 und neue Fähigkeiten zu schulen. Teilhabe durch Bildung wird zum wichtigsten Schlüs-
 300 sel für gesellschaftlichen Zusammenhalt.

301 **Migration erfordert bewusste Arbeit für den Zusammenhalt.** Immer mehr Menschen
 302 mit Migrationshintergrund leben bei uns. Sie haben unterschiedliche Vorstellungen
 303 von Werten und Religion, von Traditionen und Lebensweisen. Das bringt zusätzliche
 304 Fliehkräfte in die Gesellschaft. Umso wichtiger ist neuer Zusammenhalt, um die ge-
 305 samte Gesellschaft zu stärken. Leitkultur gibt Integration eine Grundlage, Heimat stif-
 306 tet Identität.

307 **Es gibt wachsende Sorge um die Identität des Landes.** Kulturelle Verlustängste ma-
 308 chen sich breit. Immer mehr Menschen befürchten, dass sich unsere Gesellschaft nach-
 309 teilig verändert. Sie haben Sorge, dass gesellschaftliche Errungenschaften, Werte und
 310 Spielregeln zurückgedrängt werden. Wir müssen der Selbstrelativierung unserer Kul-
 311 tur, Tradition und christlichen Prägung entgegenreten. Unser Weg heißt: mehr ge-
 312 meinsames Bewusstsein für die eigenen Werte und Standpunkte!

313 **Freiheitliches Miteinander | Was unser Leitbild ist**

314 *Wir stehen für eine Ordnung der Freiheit, der Chancen und des Miteinanders. Im freiheitlichen Miteinander kommen unsere Werte und Grundüberzeugungen zum Ausdruck. Das ist Wesenskern unserer offenen und vielfältigen Gesellschafts- und Kulturordnung. Gesellschaft und Kultur können sich verändern, nicht aber ihre zugrundeliegende Ordnung.*
 315 *Deutschland muss Deutschland bleiben. Bayern muss Bayern bleiben. Freiheitlich und*
 316 *miteinander: Das leitet uns auch weiterhin.*

320 **Wir gehen aus vom selbstbestimmten Menschen, der auf Gemeinschaft angelegt ist.**
 321 Im Mittelpunkt stehen der Mensch und seine freie Entfaltung. Politik und Staat haben
 322 keine Lebensentwürfe zu verordnen, sondern Freiheit zu ermöglichen. Bevormundung
 323 der Menschen nach Art sozialistischer Ideologien lehnen wir ab. Wir setzen auf die
 324 Freiheit der Menschen in einer lebendigen und aktiven Bürgergesellschaft.

325 **Wir schützen und fördern Ehe und Familie.** Ursprung jeder Gemeinschaft ist die Familie.
 326 Sie ist das stärkste soziale Netz und erster Ausdruck von Solidarität. Wir stehen zum
 327 Leitbild von Ehe und Familie, ohne die Vielfalt der Lebenswirklichkeit auszugrenzen. Das
 328 von der Mehrzahl der Menschen gelebte Modell der klassischen Familie mit Mutter, Va-
 329 ter und Kindern muss auch in Zukunft als solches vermittelt werden, ohne andere For-
 330 men der Familie zurückzusetzen. Der Staat kann familiäre Bindungen und menschliche
 331 Fürsorge weder ersetzen noch schaffen. Er muss allen familiären Situationen gerecht
 332 werden. Die Vereinbarkeit von Familie und Erwerbstätigkeit ist zu fördern.

333 **Wir schützen die unantastbare Würde des Menschen bis zuletzt.** Das Sterben muss
 334 als untrennbarer Bestandteil des Lebens wieder ins Bewusstsein rücken. Wir dürfen
 335 Menschen an ihrem Lebensende nicht allein lassen. Nicht durch die Hand eines ande-
 336 ren soll man sterben, sondern an der Hand eines anderen. Wir wollen jede Form der
 337 organisierten und geschäftsmäßigen Sterbehilfe unterbinden. Leben und Sterben dür-
 338 fen nicht kommerzialisiert werden. Gesellschaft und Staat sind in der Pflicht, die Hos-
 339 piz- und Palliativversorgung auszubauen.

340 **Wir stehen zu unserer christlichen Prägung.** Zu unseren christlichen Werten gehören
 341 Toleranz und Respekt gegenüber anderen Religionen und Weltanschauungen. Im Ge-
 342 genzug verlangen wir auch Respekt vor der christlichen Prägung unseres Landes. Falsch
 343 verstandene Toleranz, die unsere christlich-jüdisch-abendländisch geprägten Werte re-
 344 lativiert, lehnen wir ab. Christliche Feiertage bestimmen unseren Kalender. Christliche
 345 Kirchen prägen unsere Orte. In den christlichen Traditionen wurzelt unser Brauchtum.

346 **Wir stehen für die offene und freiheitliche Gesellschaft.** Unsere Gesellschaftsordnung
 347 bestimmt die Regeln des Zusammenlebens in unserem Land. Freie Meinungsäuße-
 348 rung, Respekt vor der Lebensleistung anderer, Toleranz gegenüber individuellen Le-
 349 bensweisen und die Unterscheidung von Religion und Staat sind ihre Eckpfeiler. Nur
 350 so kann unsere freiheitliche und offene Gesellschaft auch in Zukunft funktionieren.

351 **Wir stehen für eine inklusive und solidarische Gesellschaft.** Starke Schultern sollen
 352 auch in Zukunft mehr tragen als schwache. Dies bleibt Kernelement christlich-sozialer
 353 Politik. Jeder soll mit seinen individuellen Talenten und Fähigkeiten teilhaben können.
 354 Gelingende Teilhabe ist unabhängig von Alter, Herkunft, sozialer Stellung oder persön-
 355 lichen Einschränkungen. Wir stehen für eine Gemeinschaft, die jeden mitnimmt und
 356 keinen zurücklässt. So sichern wir auch künftig Zusammenhalt und Teilhabe aller an
 357 den Zukunftschancen.

358 **Wir lieben unsere Heimat.** Heimat stiftet Identität und spendet den Menschen Sicher-
 359 heit. In der Vielfalt der Regionen liegt die Stärke Bayerns. Wir wollen ein lebendiges
 360 Miteinander in Städten, Dörfern und Gemeinden. Wir wollen alle Regionen Bayerns

361 gleichermaßen am guten Weg unseres Landes teilhaben lassen. Dafür fördern und si-
362 chern wir gleichwertige Lebensverhältnisse und Arbeitsbedingungen in ganz Bayern.
363 Wir wollen Chancen zu den Menschen bringen, nicht umgekehrt. Traditionen, Brauch-
364 tum und die verschiedenen Dialekte in Bayern verdienen besondere Pflege und sind
365 Ausdruck von Heimatverbundenheit.

366 **Neuer Zusammenhalt | Worauf es in Zukunft ankommt**

367 *Zusammenhalt hat Bayern stark gemacht. Die Menschen sind mit ihrer Heimat verbunden,*
368 *der Zusammenhalt im Freistaat ist einzigartig. Familie ist das Fundament gesellschaftli-*
369 *chen Zusammenhalts. Bildung und Teilhabe, gelebte Leitkultur und gelingende Integration*
370 *schaffen gemeinsame Identität und neuen Zusammenhalt. Wir sind überzeugt: Das wird*
371 *unsere freiheitliche, offene und vielfältige Gesellschaft in die Zukunft tragen.*

372 • **Zusammenhalt durch Ehe und Familie: Vorfahrt für Kinder!**

373 *Ehe und Familie stehen bei uns im Mittelpunkt. Wer sie fördert, legt die Wurzel für immer*
374 *neuen Zusammenhalt. Wir wollen eine familienfreundliche Gesellschaft, in der Kinder*
375 *willkommen sind.*

376 **Familien brauchen Freiheit.** Moderne Familienpolitik muss allen familiären Situationen
377 gerecht werden – der klassischen Familie mit der Gemeinschaft von Mutter, Vater und
378 Kindern ebenso wie Eineltern- oder Patchwork-Familien. Rechte und Pflichten der Eltern
379 haben Vorrang vor staatlichem Handeln. Wir bevormunden Eltern nicht. Der Staat
380 muss die Erziehungshoheit der Eltern respektieren. Eine Gesellschafts- und Bildungs-
381 politik, die Gender-Ideologie und Frühsexualisierung folgt, lehnen wir ab. Unsere Fa-
382 milienpolitik beginnt mit dem Respekt vor der Wahlfreiheit der Eltern. Wir geben den
383 Familien die Möglichkeit, Erziehung und Betreuung so zu gestalten, wie sie es für rich-
384 tigt halten und es die jeweilige Lebenssituation erfordert. Die Gestaltung des Familien-
385 lebens ist Sache der Familien. Die Eltern entscheiden über Kindererziehung, Kinderbe-
386 treuung und die Ausgestaltung ihrer Erwerbstätigkeit. Der Staat hat Eltern in ihrer Un-
387 ersetzlichkeit wertzuschätzen und zu achten.

388 **Familien verdienen Unterstützung.** Wir wollen jungen Menschen Mut zur Familien-
389 gründung machen. Es braucht Rahmenbedingungen, damit sie ihren Wunsch nach Fa-
390 milie verwirklichen können. Wir wollen gerade auch Schwangere in Konfliktsituationen
391 verstärkt unterstützen, sich für das Kind entscheiden zu können. Der Staat muss sich
392 beständig fragen, ob er Familien ausreichend fördert. Wir wollen eine familienfreund-
393 liche Arbeitswelt. Es gilt, die Vereinbarkeit von Familie, Beruf und anderen gesell-
394 schaftlichen Tätigkeiten zu erleichtern. Wir sind überzeugt: Arbeit in der Familie ist
395 Arbeit für die Gesellschaft. Die Erziehung von Kindern und die Pflege von Angehörigen
396 verdienen gesellschaftliche Anerkennung. Das muss auch bei der Alterssicherung ge-
397 würdigt werden. Wir treten für den Zusammenhalt der Generationen ein und fördern
398 Mehrgenerationenwohnen: Auch Großeltern sind eine feste und wichtige Konstante
399 im Leben der Kinder.

400 **Kinder sind unsere Zukunft.** Wer Ja zu Kindern sagt und Verantwortung für Kinder
401 übernimmt, leistet den größten denkbaren Beitrag für die Zukunft unserer Gemein-
402 schaft. Das hat besondere Anerkennung und Unterstützung des Staates verdient. Wir
403 wollen den Kinderbonus bei der Rente. Wer Kinder großgezogen hat, soll einen höhe-
404 ren Zuschlag bei der Rente erhalten. Wir wollen außerdem das Kindersplitting bei der
405 Steuer, zusätzlich zum bestehenden Ehegattensplitting, damit gerade auch Paare mit
406 Kindern und Alleinerziehende profitieren. Kinderrechte gehören in die Verfassung: Der
407 Schutz und die Rechte von Kindern sollen ins Grundgesetz aufgenommen werden.

408 **Heiraten heißt Übernahme von Verantwortung füreinander.** Wenn sich zwei Menschen
 409 das Versprechen geben, ein Leben lang füreinander einzustehen, ist das für die Gesell-
 410 schaft wertvoll. Die Ehe von Mann und Frau steht zurecht unter dem besonderen Schutz
 411 des Staates. Wir wenden uns gegen jegliche Relativierungsversuche. Das Ehegattensplit-
 412 ting muss uneingeschränkt erhalten bleiben. Wir wollen es ergänzen um ein Kindersplit-
 413 ting. Auch in gleichgeschlechtlichen Partnerschaften werden Werte gelebt, die grundle-
 414 gend für unsere Gesellschaft sind. Das verdient Anerkennung. Es ist richtig, dass der
 415 Staat mit der eingetragenen Lebenspartnerschaft eine eigene Institution dafür vorhält.
 416 Jegliche Form von Diskriminierung gegenüber diesen Partnerschaften, auch die perso-
 417 nenstandsrechtliche, lehnen wir entschieden ab.

418 • **Zusammenhalt durch Bildung: Teilhabe für alle!**

419 *Beste Bildung ist der Schlüssel zu den Chancen unserer Gesellschaft. Wir wollen, dass alle*
 420 *Menschen an den Chancen unseres Gemeinwesens gleichberechtigt teilhaben können.*
 421 *Jeder soll seine Begabungen so frei wie möglich zur Entfaltung bringen können.*

422 **Teilhabe geht alle an.** Sie eröffnet Chancen, stiftet Identität, sorgt für Zusammenhalt
 423 und schützt vor Ausgrenzung und Armut. Gerade für Menschen mit Behinderung ist
 424 Teilhabe wichtig. Sie sind eine Bereicherung und gehören in die Mitte der Gesellschaft.
 425 Menschen mit Behinderung und gesundheitlichen Beeinträchtigungen sollen ihren
 426 Alltag selbstbestimmt gestalten können. Inklusion soll möglichst in allen Lebensberei-
 427 chen verwirklicht werden. Eine Behinderung darf kein Armutsrisiko für den Betroffe-
 428 nen oder sein Umfeld darstellen. Durch Arbeit zum eigenen Lebensunterhalt beitragen
 429 zu können, hat für Menschen mit Behinderung eine besondere Bedeutung. Es braucht
 430 mehr Offenheit bei der Einstellung von Mitarbeitern mit Behinderung.

431 **Bildung ist mehr als Wissen.** Bildung heißt nicht nur Lernen, sondern vor allem auch
 432 Verstehen. Auf Erwerb und Stärkung von Kompetenzen kommt es an: beim Umgang
 433 mit Medien, Daten und Algorithmen ebenso wie bei Sozialkompetenz und kulturellem
 434 Verständnis. Es geht nicht nur um Wissen und Können, sondern auch um die ganzheit-
 435 liche Bildung von Herz und Charakter. Zum Bildungs- und Erziehungsauftrag gehört es,
 436 die Werte unserer Gesellschaftsordnung zu vermitteln und für Demokratie zu begeis-
 437 tern. Wir wollen jungen Menschen Respekt vor Kultur, Religion und Schöpfung näher-
 438 bringen. Selbstbestimmung, Verantwortungsbewusstsein und Hilfsbereitschaft ge-
 439 genüber den Mitmenschen stärken den Zusammenhalt. Kunst, Musik und Sport leisten
 440 hierzu wertvolle Beiträge. Schulunterricht soll fördern, aber auch fordern. Leistungsbe-
 441 reitschaft, Eigenleistung und Anstrengung sind Voraussetzungen für Bildungserfolg.

442 **Alle Kinder brauchen gleiche Bildungschancen.** Jedes Kind soll seine Begabungen
 443 bestmöglich zur Entfaltung bringen können. Individuelle Förderung und flexible Lern-
 444 zeiten sind bedeutsam und sollen in allen Bildungswegen verwirklicht sein. Sie unter-
 445 stützen auch die Integration von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshinter-
 446 grund. Ganztagesangebote ergänzen die individuelle Förderung und unterstützen die
 447 Vereinbarkeit von Familienarbeit und Erwerbstätigkeit.

448 **Alle Bildungswege führen zum Ziel.** Berufliche und akademische Bildung sind für uns
 449 gleichermaßen wertvoll. Das differenzierte Schulsystem – mit seinen eigenständigen
 450 Schularten Grundschule, Förderschule, Mittelschule, Realschule, Gymnasium und be-
 451 ruflichen Schulen in ihren unterschiedlichen Varianten – und das Prinzip „kein Ab-
 452 schluss ohne Anschluss“ machen unsere Bildungslandschaft vielfältig und durchlässig.
 453 Alle Begabungen können optimal gefördert werden. Jeder Weg ermöglicht schulischen
 454 Erfolg und einen attraktiven beruflichen Werdegang. Wir werben deshalb für alle Aus-
 455 bildungszweige und stärken alle Schulformen. Die einseitige Fixierung auf die gymna-
 456 siale und akademische Laufbahn lehnen wir ab. Unser duales Ausbildungssystem wird
 457 weltweit als Vorbild gesehen. Die duale Ausbildung muss fitmachen für die veränderte

458 Arbeitswelt. Die Berufsbilder sind schneller als bisher weiterzuentwickeln. Daneben
459 braucht es auch in Zukunft einfachere Berufsbilder, für die eine Einstiegsqualifikation
460 ausreichend ist.

461 **Bildung schafft Zukunft.** Schule muss junge Menschen zum selbstständigen Leben
462 befähigen. Das schließt die Persönlichkeitsbildung ebenso wie die Vorbereitung auf
463 die Arbeitswelt ein. Die Sprache der Arbeitswelt ist digital. Entsprechend muss die
464 Schule bei ihrer Ausstattung und der Vermittlung von Kompetenzen der Digitalisie-
465 rung gerecht werden. Ein verantwortungsvoller und kompetenter Umgang mit Medien
466 sowie digitales Lernen gehören zu einem modernen Schulunterricht. Die Lehreraus-
467 und -fortbildung muss mit der Digitalisierung Schritt halten.

468 **Bildung ist ein lebenslanger Prozess.** Sie endet nicht am Schultor. Wir wollen mit der
469 schulischen Bildung das Rüstzeug für lebenslanges Lernen mitgeben. Mehr denn je ist
470 lebenslange Fort- und Weiterbildung gefragt. Das macht das Engagement von Arbeit-
471 nehmern wie Arbeitgebern nötig. Erwachsenenbildung ist Teil des lebenslangen Ler-
472 nens.

473 **Jugendarbeit ist Bildungsarbeit.** Ganzheitliche Angebote der außerschulischen Ju-
474 gendbildung und die Einrichtungen der Jugendarbeit begleiten junge Menschen beim
475 Aufwachsen. Sie bieten ein geeignetes Umfeld für soziales Lernen und Verantwor-
476 tungsübernahme. Jugendbildungsmaßnahmen bringen politische, soziale, ökologi-
477 sche, kulturelle, religiöse und sportliche Themen näher. Wir wollen diese außerschuli-
478 sche Bildungsarbeit der Jugendarbeit weiterhin fördern und stärken.

479 **Sport ist Bildung und Integration.** Sport leistet einen wichtigen Beitrag zur Erziehung
480 und zum Zusammenhalt. Er lehrt Mannschaftsgeist, Fairness, Disziplin, Rücksicht-
481 nahme und Leistungsbereitschaft. Wir schätzen die einzigartige Vereinskultur, das
482 große Gemeinschaftsgefühl und die Vermittlung von Werten in unseren Sportverei-
483 nen. Für Jung und Alt fördert Sport eine gesunde Lebensführung. Wir setzen uns gleich-
484 ermaßen für ein breites Sportangebot sowie die Förderung des Spitzensports ein.

485 **Bildung, Wissenschaft und Forschung sind die Quellen unseres Wohlstandes.** Sie sind
486 maßgeblich für den Erfolg im globalen Wettbewerb um Talente und Ideen. Die vielfäl-
487 tige Hochschul- und Forschungslandschaft ist unser großes Pfund. Wir fördern die
488 enge Kooperation mit der Wirtschaft. Technologietransfer sorgt dafür, dass aus neuen
489 Erkenntnissen neue Anwendungen werden. Jeder Innovationsvorsprung sichert unse-
490 ren Wohlstandsvorsprung.

491 **Wissenschaft und Forschung stehen im Dienst der Gesellschaft.** Die Einheit von For-
492 schung und Lehre, der Kern der Humboldtschen Bildungsidee, soll weiterhin die Hoch-
493 schulen prägen. Die Freiheit von Wissenschaft, Forschung und Lehre ist unverzichtbar.
494 Aus dieser Freiheit erwachsen Erkenntnis und ethische Verantwortung gleichermaßen.
495 Die großen Zukunftsfragen unserer Gesellschaft wollen wir durch einen institutionalisi-
496erten Austausch mit der Wissenschaft lösen. Diesen Dialog mit der Gesellschaft und
497 zwischen den Disziplinen muss die Wissenschaft führen.

498 **Hochschulen sind Zukunft.** Sie sind Ort aktuellster Erkenntnis und Keimzelle neuer
499 Ideen. Sie sind Marktplatz des Gedankenaustauschs und Zukunftswerkstatt für Inno-
500 vationen. Sie sind Treffpunkt von Leistungs- und Ideenträgern aus aller Welt. Unabhän-
501 gig von Herkunft oder Unterstützung durch das Elternhaus sollen sie allen Qualifizier-
502 ten offenstehen. Wir treten für diese vielfältige Hochschullandschaft ein und wollen
503 sie weiter stärken: exzellente Universitäten auf weltweitem Spitzenniveau, profilierte
504 Hochschulen für angewandte Wissenschaften und zahlreiche dezentrale Einrichtun-
505 gen in der Fläche sichern Bayerns Zukunftsfähigkeit in einer globalisierten Welt.

- 506 • **Zusammenhalt durch Leitkultur: Gemeinsame Basis für Alltag, Kultur und Religion!**
- 507 *Gemeinsame Regeln des Zusammenlebens schaffen Identifikation und stiften Zusammenhalt. Wir bekennen uns zur Leitkultur unserer offenen Gesellschaft als Maßstab des*
 508 *gelingenden Zusammenlebens. Leitkultur steht für den gelebten Grundkonsens in unse-*
 509 *rem Land: die Werteordnung und Prägung des Landes anerkennen; die Religionsfreiheit*
 510 *und ihre Grenzen achten; kulturelle Traditionen respektieren; andere Lebensweisen tole-*
 511 *rieren; sich an die Gepflogenheiten des Alltags halten; sich auf Deutsch verständigen.*
 512 *Wer bei uns lebt, muss die Leitkultur unseres Landes respektieren.*
 513
- 514 **Gesellschaftlicher Grundkonsens ist elementar.** Eine offene Gesellschaft, die der Frei-
 515 heit des Einzelnen dient und sich zur Vielfalt bekennt, braucht ein gemeinsames
 516 Grundverständnis für das Zusammenleben. Nur wenn in zentralen Fragen Überein-
 517 stimmung besteht, kann eine Gemeinschaft funktionieren, ohne sich abzuschotten. An
 518 erster Stelle steht die uneingeschränkte Anerkennung unserer Rechtsordnung und un-
 519 serer freiheitlichen demokratischen Grundordnung. Die Regeln des Zusammenlebens
 520 sind aber mehr als die Rechte der Bürger gegenüber dem Staat. Es gibt auch Bürger-
 521 pflichten und Regeln des Umgangs untereinander. Gemeinsam bilden sie die kulturelle
 522 Grundordnung unseres Landes. Die gelebte Leitkultur in der offenen Gesellschaft um-
 523 fasst die Grundregeln des Zusammenlebens und macht sie verbindlich. Zu diesem
 524 Grundkonsens gehört die klare Absage an Rassismus und Antisemitismus in jeglicher
 525 Form. Jeder muss wissen, dass antisemitische oder ausländerfeindliche Hetze nicht ge-
 526 duldet wird.
- 527 **Werteordnung und Prägung unseres Landes müssen anerkannt werden.** Die christ-
 528 lich-jüdisch-abendländischen Werte sind Grundlage unseres Zusammenlebens und ha-
 529 ben auch außerhalb des Glaubens Geltung: Die Würde des Menschen, seine Einzigar-
 530 tigkeit, die Selbstbestimmtheit jeder Person und die Gleichberechtigung von Mann
 531 und Frau sind die Grundlagen der freiheitlichen demokratischen Grundordnung. Alle
 532 Menschen in unserem Land haben diese Werte zu kennen und zu achten. Klar ist des-
 533 halb auch: Der Politische Islam gehört nicht zu Deutschland. Wer unserer Werte- und
 534 Rechtsordnung nicht folgt, wer die christliche Prägung unseres Landes ablehnt, wer
 535 die Gleichberechtigung zwischen Mann und Frau nicht akzeptiert und wer unsere of-
 536 fene Gesellschaft umbauen will, der hat bei uns keinen Platz. Der Islam muss sich in
 537 unsere Ordnung einfügen. Er kann keine kulturelle Dominanz beanspruchen. Wir be-
 538 gleiten die Entwicklung eines aufgeklärten, europäischen Islam, der sich auf unserer
 539 Wertebasis gründet.
- 540 **Religionsfreiheit und deren Grenzen sind zu achten.** Die große Mehrheit der Men-
 541 schen sucht Sinnstiftung und will Orientierung durch Religion. Der Staat hat die Glau-
 542 bens- und Religionsfreiheit zu garantieren. Kirchen und anerkannte Religionsgemein-
 543 schaften sollen öffentlich wirken können. Umgekehrt erwarten wir aber auch, dass die
 544 grundsätzliche Trennung zum Staat beachtet wird. Religiöse Überzeugungen können
 545 niemals die Rechtsordnung, das staatliche Gewaltmonopol oder den staatlichen Bil-
 546 dungs- und Erziehungsauftrag ersetzen. Religionen sollen in Deutschland partner-
 547 schaftlich für die Wahrung unserer Werte und des gesellschaftlichen Zusammenhalts
 548 eintreten. Wir wollen dazu einen intensiven, stetigen Dialog zwischen und mit den Re-
 549 ligionen.
- 550 **Kulturelle Traditionen und freiheitliche Lebensweise erfordern Akzeptanz.** Unsere ge-
 551 lebten Traditionen bringen Menschen zusammen. Sie sind Ausdruck für das, was uns
 552 im öffentlichen Leben wichtig ist. Wir zwingen sie niemandem auf. Klar ist aber auch:
 553 Jeder, der bei uns lebt, muss unsere Kultur als Teil des öffentlichen Lebens respektie-
 554 ren. Dazu gehört auch die Toleranz für unsere freiheitliche Lebensweise. Der bayeri-

- 555 sche Grundsatz des „Leben und leben lassen“ gilt für alle. Wir lassen uns nicht vor-
 556 schreiben, dass wir unsere kulturellen Vorstellungen anpassen müssen. Wir haben
 557 keine Angst vor Veränderung, aber wir wollen kein anderes Land.
- 558 **Die Gepflogenheiten des Alltags sind zu beachten.** Es gibt über die rechtlichen Rege-
 559 lungen des Zusammenlebens hinaus ungeschriebene Regeln, die sich aus unserer Kul-
 560 tur und Tradition entwickelt haben. Sie sichern ein menschliches Miteinander und ga-
 561 rantieren ein friedliches Zusammenleben. Bei uns ist es üblich, dass man andere Men-
 562 schen mit einem Händedruck begrüßt und mit einem Gruß verabschiedet. Bei uns bie-
 563 tet man schwächeren Menschen Hilfe an. Bei uns versteckt man sein Gesicht nicht
 564 hinter einem Schleier. Wer bei uns lebt, muss sich nach unseren Gepflogenheiten rich-
 565 ten. Wer Frauen den Respekt verweigert, etwa Lehrerinnen oder Krankenschwestern
 566 ablehnt, missachtet unsere Lebensart.
- 567 **Deutsch ist bei uns die Sprache des öffentlichen Lebens.** Damit das Miteinander funk-
 568 tioniert, müssen alle eine gemeinsame Sprache sprechen können. Die gemeinsame
 569 Sprache ermöglicht das Verständnis für die Einstellungen und Lebensführung des Ge-
 570 genübers. Deutsch ist bei uns die verbindliche Sprache im öffentlichen Leben – keine
 571 andere.
- 572 • **Zusammenhalt durch Integration: Mit Richtung, ohne Überforderung!**
- 573 *Dauerhaften Zusammenhalt gibt es nur, wenn Integration gelingt. Wir wollen Zuwande-*
 574 *rung entsprechend den Interessen und der Aufnahmefähigkeit unseres Landes steuern*
 575 *und begrenzen. Wir geben Integration eine Richtung: Wer bei uns lebt, muss sich in unser*
 576 *gesellschaftliches Miteinander einfügen und an die Regeln des Zusammenlebens halten.*
- 577 **Zuwanderung braucht Grenzen und Regeln.** Allein der Staat entscheidet, wer in unser
 578 Land einreisen und hier bleiben darf. Die Aufnahme- und Integrationsfähigkeit unseres
 579 Volkes hat Grenzen. Es gibt eine Obergrenze für die Aufnahme und Integration. Zu-
 580 wanderung muss kontrolliert, gesteuert und begrenzt werden. Keine Gemeinschaft
 581 kann Menschen anderer kultureller Prägung in beliebiger Zahl integrieren. Wir haben
 582 eine doppelte Verantwortung: Gegenüber der heimischen Bevölkerung und jenen, die
 583 zu uns kommen. Integration funktioniert nicht in einem Klima der Verteilungskon-
 584 flikte. Jede Form der Zuwanderung braucht Regeln. Unser Land muss für die Einwan-
 585 derung qualifizierter und gefragter Fachkräfte zugänglich sein. Neben der beruflichen
 586 Qualifikation und dem Bedarf unserer Wirtschaft soll künftig die Nähe des Kulturkrei-
 587 ses stärker bei der Auswahl der Einwanderer beachtet werden. Wir wollen keine Ein-
 588 wanderung, die uns überfordert oder unsere Sozialsysteme belastet.
- 589 **Asyl und Flüchtlingsschutz sind humanitäre Hilfe auf Zeit.** Wir stehen für das Asyl-
 590 recht tatsächlich politisch Verfolgter ein: Wer verfolgt ist, findet bei uns im Rahmen
 591 der Vorgaben unseres Grundgesetzes Schutz. Hilfe für Flüchtlinge und Schutzbedürf-
 592 tige kann es im Rahmen von international verabredeten Kontingenten geben. Ent-
 593 scheidungen über Asylanträge müssen in jedem Fall rasch erfolgen. Klar ist: Asyl- und
 594 Flüchtlingsschutz ist Schutz auf Zeit. Wenn der Schutzgrund wegfällt oder das Gast-
 595 recht missbraucht wird, muss konsequent die Rückkehr in das Herkunftsland erfolgen.
- 596 **Integration ist zwingend und hat eine Richtung.** Wer bei uns bleibt, muss sich integ-
 597 rieren. Es darf keine integrationsfreien Räume geben. Das wäre der Nährboden für
 598 Radikalisierung. Integration muss heißen, dass diejenigen, die zu uns kommen, sich
 599 anpassen. Integration kann nicht heißen, dass wir uns anpassen. Wir wollen, dass Zu-
 600 wanderer nach unseren Regeln leben. Integration bedeutet Orientierung an unserer
 601 Leitkultur, nicht Multi-Kulti. Wir lehnen Multi-Kulti ab. Ein multikulturelles Neben- und
 602 Gegeneinander führt zu Intoleranz, Ghettobildung und Gewalt. Wer bei uns lebt, muss
 603 mit uns leben, statt neben oder gar gegen uns. Klar ist: Hier gelten unsere Regeln,

604 nicht die Regeln des Herkunftslandes. Die Vollverschleierung mit Burka oder Niqab
 605 passt nicht in unseren Kulturraum und zu unserem Verständnis von der Rolle der Frau.
 606 Wir lehnen die Vollverschleierung im öffentlichen Raum ab.

607 **Integration heißt Fordern und Fördern.** Unsere erfolgreiche Integrationspolitik beruht
 608 auf dem Grundsatz des Forderns und Förderns. Gesellschaft, Staat und Wirtschaft in-
 609 vestieren viel in Angebote zum Spracherwerb, zur Ausbildungsförderung und für den
 610 Zugang zu Arbeit. Das kann Integrationsbereitschaft aber nicht ersetzen. Integration
 611 ist eine Bringschuld. Wer sich integriert, hat eine bessere Bleibeperspektive. Wir ste-
 612 hen dafür, die Integrationsverpflichtung der Zuwanderer klar auszusprechen und ein-
 613 zufordern. Wer keine Integrationsfortschritte nachweisen kann, muss wieder gehen.

614 **Integration muss Toleranz lehren und Loyalität einfordern.** Viele Menschen, die zu
 615 uns kommen, stammen aus Kulturkreisen mit sehr geschlossenen Gesellschaftsfor-
 616 men. Integration muss deshalb befähigen, sich in unserer offenen Gesellschaft zu-
 617 rechtzufinden. Gleichberechtigung von Mann und Frau, Toleranz für andere Lebens-
 618 entwürfe sowie Meinungs-, Glaubens- und Religionsfreiheit müssen gelehrt und gelebt
 619 werden. Integration bedeutet auch Loyalität zur deutschen Nation. Wer zu uns kommt,
 620 von dem erwarten wir Verbundenheit zu unserem Staat und seinen Institutionen. Ge-
 621 gegen Deutschland gerichtete Aktivitäten sind damit unvereinbar. Wir lassen nicht zu,
 622 dass ethnische, religiöse oder politische Konflikte fremder Volksgruppen auf unserem
 623 Boden ausgetragen werden.

624 **Gelungene Integration ist eine Bereicherung.** Bayern ist das Land gelingender In-
 625 tegration. Wer sich hier eine Existenz aufbaut, wer etwas leistet und sich in unsere
 626 Gemeinschaft einbringt, findet hier neue Heimat. Er ist eine Bereicherung für das ein-
 627 zigartige bayerische Miteinander. Wer in sein Herkunftsland zurückkehrt, hat durch
 628 das hier Erlernte beste Voraussetzungen für den Wiederaufbau seiner Heimat. Die bei
 629 uns erfahrenen Vorteile gelebter Demokratie sollen Ansporn und Befähigung sein, in
 630 der Heimat zum Aufbau eines demokratischen Gemeinwesens beizutragen.

631 **Deutsche Staatsbürgerschaft muss ein Bekenntnis sein.** Die Erlangung der Staatsbür-
 632 gerschaft ist nicht der Anfang, sondern die Bestätigung gelungener Integration. Wir tre-
 633 ten für klare Kriterien für den dauerhaften Aufenthalt in unserem Land und den Erwerb
 634 der deutschen Staatsangehörigkeit ein. An erster Stelle gehören dazu die uneinge-
 635 schränkte Anerkennung unserer freiheitlichen demokratischen Grundordnung, das Be-
 636 kenntnis zur Leitkultur sowie ausreichende deutsche Sprachkenntnisse. Wer Deutscher
 637 werden will, soll das nicht nur auf dem Papier, sondern auch mit dem Herzen werden.

638 • **Zusammenhalt durch Identität: Heimat und Weltoffenheit!**

639 *Wir bekennen uns zu unserer Heimat und zu Weltoffenheit. Das war und ist die Erfolgs-*
 640 *formel für den bayerischen Weg: Offen sein für Neues und Anderes, aber gleichzeitig stark*
 641 *sein an Identität und innerem Zusammenhalt. Nur wer Heimat hat, kann weltoffen sein.*
 642 *Heimat gibt den Menschen Identität und sorgt für ein lebendiges Miteinander.*

643 **Bayern ist ein Kulturstaat.** Bayern mit seiner unvergleichlichen Geschichte und Tradi-
 644 tion hat ein vielfältiges kulturelles Erbe. Sowohl in Ballungszentren als auch in ländli-
 645 chen Räumen zeichnet sich Bayern durch eine lebendige und facettenreiche Kunst-
 646 und Kulturszene aus. Diesem kreativen und dynamischen Kulturstaat fühlen wir uns
 647 verpflichtet. Besonders die regionale Vielfalt mit all ihren Profilen wollen wir fördern
 648 und bewahren: angefangen von der Hochkultur über das reiche Spektrum der Volks-
 649 kultur bis hin zu Brauchtum und Dialekt. Die Kultur lebt vom Einsatz und von der Be-
 650 geisterung der Bürger. Der Förderung des Nachwuchses in unzähligen Vereinen
 651 kommt ein besonderer Stellenwert zu. Durch Heimatpflege und Denkmalschutz sowie
 652 eine vorausschauende Stadt- und Regionalentwicklung halten wir das bauliche und

653 kulturelle Erbe Bayerns lebendig. Staatliche Förderung unterstützt die Vielfalt und die
654 Kreativität in der zeitgenössischen Kunst. Aufgabe des Kulturstaates ist es, den Bür-
655 gern Teilhabe am kulturellen Leben zu eröffnen.

656 **Bayern hat vier Stämme.** Altbayern, Franken, Schwaben und Bayerns „vierter Stamm“,
657 die Sudetendeutschen, gehören zusammen und haben wie auch alle anderen deut-
658 schen Heimatvertriebenen und Aussiedler einen festen Platz in Bayern. Bayern hat
659 nach dem Krieg wie kein anderes Land Vertriebene aufgenommen. Wir sind dankbar
660 für die großartige Aufbauleistung. Die CSU ist die politische Heimat der Vertriebenen.
661 Wir werden das kulturelle und geistige Erbe sowie das Brauchtum der Vertriebenen
662 lebendig halten. Die Aussöhnung mit Tschechien war das natürliche Ziel unserer Ver-
663 triebenenpolitik. Dass heute ein gutes nachbarschaftliches Verhältnis mit Tschechien
664 erreicht wurde, ist eine großartige Errungenschaft und gute Basis, um berechnigte An-
665 liegen der Vertriebenen zu vertreten.

666 **Ländliche wie städtische Räume sind Heimat.** Der Freistaat fördert und sichert gleich-
667 wertige Lebensverhältnisse und Arbeitsbedingungen in ganz Bayern. Dazu tragen un-
668 sere Heimatstrategie und eine verantwortungsvolle Landesentwicklung bei. Wir wol-
669 len, dass sich städtische und ländliche Regionen ergänzen. Alle Regionen des Frei-
670 staats müssen gleichermaßen am guten Weg Bayerns teilhaben. Alle Regionen ma-
671 chen die Vielfalt, die Identität und die Leistungsfähigkeit des Freistaats aus.

672 **Das Ehrenamt gestaltet Heimat.** Die Menschen in Bayern stehen zusammen und kön-
673 nen sich auf den Zusammenhalt verlassen. Wer ein Ehrenamt in Gesellschaft, Wirt-
674 schaft oder Politik übernimmt, gibt ein besonderes Zeichen der Verbundenheit mit der
675 Heimat. Für viele Menschen gehört das Ehrenamt zu ihrer Identität. Sie leisten einen
676 unglaublich wertvollen Beitrag zum Zusammenhalt unserer Gesellschaft. Wir wissen,
677 dass dieses Engagement nicht selbstverständlich ist. Staat und Gemeinden haben den
678 Auftrag, ehrenamtlichen Einsatz unbürokratisch zu fördern und anzuerkennen. Des-
679 halb hat das Ehrenamt in Bayern Verfassungsrang. Für die Zukunft müssen wir Wege
680 finden, das Ehrenamt mit den modernen Lebensweisen zu vereinbaren. So finden auch
681 junge Menschen Zeit für das Ehrenamt. Wir sind die Partei des Ehrenamts und des
682 bürgerschaftlichen Engagements.

683 **Heimatliebe und Patriotismus gehören zusammen.** Patriotismus heißt: Wertschät-
684 zung der eigenen Kultur gepaart mit Respekt vor anderen Kulturen. Das Bekenntnis
685 zur deutschen Nation und zu Bayern als unserer Heimat ist ein gesunder und positiver
686 Patriotismus. Dieser Patriotismus stärkt unser Land. Eine Überhöhung der eigenen und
687 Herabsetzung anderer Kulturen lehnen wir strikt ab.

688 2. Wirtschafts- und Sozialordnung: fortschrittlich und fair!

689 *Bayern und Deutschland stehen erfolgreich da. Unsere starke Wirtschaft ist Grundlage*
 690 *für unseren Wohlstand und den sozialen Ausgleich. Wenn wir das Erreichte erhalten und*
 691 *ausbauen wollen, müssen wir uns anstrengen. Unser Standort und die Soziale Marktwirt-*
 692 *schaft sind heute an vielen Stellen herausgefordert.*

693 **Die Digitalisierung verändert alles.** Sie verschiebt die Grundkoordinaten von Wirt-
 694 schaft, Politik und Gesellschaft fundamental. Mitunter genügt eine neue Geschäftsi-
 695 dee, um ganze Branchen zu revolutionieren. Die Möglichkeiten für neue Technologien,
 696 für neue Produkte und für neue Märkte wachsen beträchtlich. Die Grenzen zwischen
 697 Produktion und Dienstleistung, zwischen Besitzen und Nutzen, zwischen Arbeit und
 698 Freizeit verschwimmen. Ein digitaler Aufbruch ist nötig, um beim nächsten Wirt-
 699 schaftswunder dabei zu sein.

700 **Die Globalisierung kennt keine herkömmlichen Leitplanken.** Neue weltumspannende
 701 Konzerne der Internetbranche haben mehr Kapital, Daten und Kunden als alle anderen
 702 Unternehmen. Die Digitalisierung befördert ein „globales Monopoly“. Das schadet dem
 703 Wettbewerb und ist nicht im Interesse von Mittelständlern und Verbrauchern. Die glo-
 704 bale Wirtschaft braucht Regeln für fairen Wettbewerb und eine nachhaltige Entwick-
 705 lung. Die Staaten müssen die Leitplanken für die Globalisierung neu setzen. Globali-
 706 sierung muss für alle gut sein.

707 **Der technologische Fortschritt beschleunigt sich selbst.** Die Möglichkeiten von Digita-
 708 lisierung, künstlicher Intelligenz und Biotechnologie verdoppeln sich alle eineinhalb
 709 bis zwei Jahre. In weniger als zwei Jahrzehnten wächst die Leistungsfähigkeit um den
 710 Faktor 1.000. Der technologische Fortschritt eröffnet viele Chancen. Zugleich ergeben
 711 sich neue Fragen nach der Zukunft der Arbeit und den Grenzen der Ökonomisierung
 712 des Menschen.

713 **Die Bevölkerungsentwicklung verschärft die Knappheit der Ressourcen.** Die Ressour-
 714 cen auf der Erde sind endlich. Eine nachhaltige Wirtschaft muss sorgsam damit umge-
 715 hen. Der Bevölkerungsexplosion in Teilen der Welt folgt eine Nachfrageexplosion bei
 716 Rohstoffen und Nahrungsmitteln. Globale Nachhaltigkeit erfordert, dass wir die plane-
 717 taren Grenzen beachten und Nachhaltigkeit regional leben. Die weitere Zunahme der
 718 Bevölkerungszahl wird bei nicht vermehrbare Anbaufläche eine große Herausforde-
 719 rung für eine ressourcenbewusste Landwirtschaft.

720 **Das Bedürfnis nach Sicherheit nimmt zu.** Den meisten Menschen bei uns geht es gut.
 721 Viele haben aber Sorge, ob das in Zukunft so bleibt. Sie stehen unter dem Eindruck
 722 zunehmender Ungleichheiten und einer sich international weiter öffnenden Schere
 723 der Einkommens- und Vermögensverteilung. Sie suchen nach wirtschaftlichen Auf-
 724 stiegsmöglichkeiten und sorgen sich um ihr Auskommen im Alter. Sie hinterfragen den
 725 Wert von Veränderungen und zweifeln am Fortschritt. Diese Sorgen der Menschen
 726 müssen ernst genommen und ausgeräumt werden.

727

Soziale Marktwirtschaft | Was unser Leitbild ist

728

729

730

731

732

733

734

735

Wir stehen für eine Ordnung, die Freiheit und Verantwortung, Wohlstand und Gerechtigkeit, Markt und Gemeinwohl vereint. Die Soziale Marktwirtschaft als freiheitliche Wirtschafts- und Sozialordnung geht vom Menschen aus. Sie lebt davon, dass jeder sein Leben in die Hand nimmt. Der Einzelne kann selbst bestimmen, wofür er seine Arbeitskraft und sein Einkommen einsetzt. Und er kann sich darauf verlassen, dass ihm geholfen wird, wenn er sich selbst nicht helfen kann. Das ist das Erfolgsrezept der Sozialen Marktwirtschaft. Die Soziale Marktwirtschaft sorgt für eine starke gesellschaftliche Mitte. Dafür stehen wir auch in Zukunft.

736

737

738

739

740

741

742

Wir sind die Partei der Sozialen Marktwirtschaft. Sie ist das erfolgreichste Wirtschaftsmodell der Welt. Sie bringt Freiheit, Wohlstand, Eigenverantwortung und Solidarität in Einklang wie keine andere Wirtschaftsordnung. Ihr marktwirtschaftlicher Wettbewerbsgedanke sorgt für Leistungsfreude, die Sozialordnung für Sicherheit und Ausgleich. Die CSU war federführend daran beteiligt, die Soziale Marktwirtschaft gegen planwirtschaftliche Bestrebungen durchzusetzen. Auch heute wehren wir uns dagegen, die Soziale Marktwirtschaft abzuschaffen oder schlecht zu reden.

743

744

745

746

747

748

Wir setzen auf Leistung und Wettbewerb. Leistung muss sich lohnen. Wer sich anstrengt, muss mehr haben als derjenige, der dies nicht tut. Leistungswettbewerb fördert Eigeninitiative, schafft Innovationen und sorgt für einen fairen Preis. Wirtschaftliche Leistung muss sich auszahlen, und wirtschaftliche Risiken dürfen nicht abgewälzt werden. Eine Wirtschaftsordnung, die Gewinne privatisiert und Risiken sozialisiert, lehnen wir strikt ab.

749

750

751

752

753

754

755

756

Wir setzen auf Gemeinwohl und Solidarität. Soziale Sicherheit ist ein Gebot der Menschlichkeit. Sie ist Fundament für inneren Frieden und Grundlage wirtschaftlicher Leistungskraft. Wer in Folge von Alter, Behinderung, Krankheit oder Arbeitslosigkeit nicht für sich selbst sorgen kann, muss auf die Solidarität aller vertrauen können. Daraus einen allumfassenden Versorgungsanspruch mit Vollkasko mentalität abzuleiten, ist mit uns nicht zu machen. Der Sozialstaat wäre falsch verstanden, wenn er bevormundet und eigene Leistung hemmt. Die Staatsquote ist auf ein vernünftiges Maß zu begrenzen.

757

758

759

760

761

762

Wir stehen für das Eigentum. Die Soziale Marktwirtschaft gründet auf privatem Eigentum. Wer etwas Dauerhaftes aufbaut, wer sein Leben in die eigenen Hände nimmt, soll die Früchte seiner Arbeit auch behalten dürfen. Der Staat muss Leistung honorieren, Vermögensaufbau ermöglichen, Eigentum schützen und schleichende Enteignung verhindern. Umgekehrt muss jeder wissen: Eigentum verpflichtet gegenüber der Gemeinschaft.

763

764

765

766

767

768

Wir stehen für eine Wirtschaft, die die Schöpfung achtet. Die Marktwirtschaft der Zukunft ist die ökosoziale Marktwirtschaft. Sie vereint soziale, ökonomische und ökologische Ziele. Wir wollen das Bewusstsein für Ressourceneffizienz in Wirtschaft und Gesellschaft fördern. Der achtsame Umgang mit unserer Umwelt, Grund und Boden sowie mit der Vielfalt der Arten ist uns Auftrag. Unsere Schöpfung müssen wir für die kommenden Generationen schützen und bewahren.

769

770

771

772

773

774

775

776

Wir treten für faire Besteuerung ein. Das Steuerrecht hat den Grundsätzen der Sozialen Marktwirtschaft zu folgen. Es muss leistungs- und investitionsfreundlich, gerecht und möglichst einfach sein. Wir stehen für eine Besteuerung nach Leistungsfähigkeit. Menschen mit höherem Einkommen haben mehr zum Gemeinwesen beizutragen als Menschen mit geringerem Einkommen. Umgekehrt muss aber auch gelten: Wer mehr leistet, soll auch mehr zur eigenen Verfügung haben. Wir sind für eine faire Besteuerung von Einkommen aus Arbeit und Kapital. Versteckte Steuererhöhungen – wie die Kalte Progression – lehnen wir ab. Steuerhinterziehung ist kein Kavaliersdelikt. Sie

- 777 schädigt die Gemeinschaft. Steuerhinterziehung muss konsequent verfolgt, Steuer-
778 schlupflöcher müssen wirksam geschlossen werden.
- 779 **Wir kämpfen für eine stabile Währung.** Der Stabilitäts- und Wachstumspakt ist Funda-
780 ment der gemeinsamen Währung und deshalb strikt einzuhalten. Europa muss eine
781 Stabilitäts- und darf keine Schuldenunion sein. Eine Vergemeinschaftung von Staats-
782 schulden lehnen wir ab. Nur ein stabiler Geldwert sorgt dafür, dass das Erwirtschaftete
783 auch Bestand hat. Die Europäische Zentralbank muss sich strikt am Ziel der Preisni-
784 veaustabilität orientieren. Eine dauerhafte Nullzinspolitik und schrankenlose Geld-
785 schöpfung sind mit den Zielen der Sozialen Marktwirtschaft nicht zu vereinbaren.
786 Wenn Zinsen faktisch abgeschafft sind, verlieren Anstrengung, Vorsorge und Sparen
787 ihren Wert. Statt zu nachhaltigem Vermögensaufbau kommt es zu Investitionsblasen
788 und übermäßiger Verschuldung. Es ist falsch, wenn der Konsum belohnt und Sparen
789 bestraft wird. Bargeld ist geprägte Freiheit. Wir sagen Nein zur Abschaffung des Bar-
790 gelds.
- 791 **Wir stehen zum europäischen Binnenmarkt und zu offenen Märkten.** Bayern und
792 Deutschland sind Standorte von zahlreichen Weltmarktführern. Wir profitieren von of-
793 fenen Märkten, der europäischen Wirtschafts- und Währungsunion sowie dem freien
794 Austausch von Gütern, Dienstleistungen und Kapital. Wohlstand wird dauerhaft nur in
795 europäischer und globaler Zusammenarbeit gesichert. Freier und fairer Handel ist
796 wichtig. Er beteiligt alle an der Wertschöpfung und trägt zu Freiheit in der Welt bei.
- 797 **Wir wertschätzen die Leistungsträger.** Arbeitnehmer, Unternehmer, Selbstständige,
798 Freiberufler und Landwirte: sie alle übernehmen Verantwortung für sich und andere
799 und dienen damit der Gemeinschaft. Das freie Unternehmertum mit allen Betriebsgrö-
800 ßen und Branchen macht unseren Standort aus. Unser starker Mittelstand mit seinen
801 Familienunternehmen, die freien Berufe und das Handwerk sind das Rückgrat unserer
802 Wirtschaft. Sie stellen zukunftsorientierte Ausbildungsplätze. Im Handwerk ist der
803 Meistertitel dafür eine wichtige Voraussetzung. Mittelstand und Handwerk sind zu-
804 sammen mit Land- und Forstwirtschaft Garanten für Chancen und Wertschöpfung im
805 ländlichen Raum. Wir bekennen uns zur heimischen und familiengeführten Landwirt-
806 schaft. Unsere Landwirte verdienen faire Wertschätzung ihres unverzichtbaren Bei-
807 trags zur Ernährungssicherung sowie zum Erhalt der Kulturlandschaft. Wir setzen auf
808 den ehrbaren Unternehmer. Er weiß, dass er Verantwortung hat: für das eigene Unter-
809 nehmen und die Mitarbeiter, Partner und Kunden, für sein örtliches Umfeld, die Um-
810 welt und die Allgemeinheit.
- 811 **Wir stehen für Ordnungspolitik und aktive Wirtschaftspolitik.** Soziale Marktwirtschaft
812 braucht einen festen Rahmen mit klaren Regeln. Dafür sorgt ein starker Staat. Der
813 starke Staat ist durchsetzungsfähig im Großen und freiheitlich im Kleinen. Er soll Re-
814 gulierung auf das notwendige Maß begrenzen. Der Staat soll nur dort tätig werden,
815 wo Selbstregulierung und Selbstverantwortung nicht greifen. Wir stehen zu den Kam-
816 mern als Träger der Selbstverwaltung in der Wirtschaft. Der Staat soll durch eine kon-
817 stante Wirtschaftspolitik Planungssicherheit geben. Entschieden stellen wir uns gegen
818 Überregulierung und von Kontrollwahn getragene bürokratische Gängelung. Aktive
819 Wirtschaftspolitik ist das bayerische Markenzeichen und eine wichtige Ergänzung der
820 Ordnungspolitik.

821 **Neue Fairness | Worauf es in Zukunft ankommt**

822 *Wir treten dafür ein, die Soziale Marktwirtschaft stark zu machen für das nächste Wirt-*
823 *schaftswunder. Nur eine faire Wirtschafts- und Sozialordnung sichert dauerhaften Wohl-*
824 *stand. Wir wollen die Grundprinzipien der Sozialen Marktwirtschaft in die Zukunft über-*
825 *setzen: mit fairen Chancen für alle, mit fairen Spielregeln für die Arbeits- und Wirtschafts-*
826 *welt, mit fairen Bedingungen für die Umwelt und kommende Generationen. Das schafft*
827 *fairen Wohlstand.*

828 • **Fairness durch Fortschritt: Das nächste Wirtschaftswunder!**

829 *Fair ist, was Zukunft schafft. Fortschritt ist Basis für unseren Wohlstand und sozialen*
830 *Frieden. Offenheit für Neues und Mut zum Unternehmertum liegen im Interesse unserer*
831 *Gesellschaft. Wir treten dafür ein, die Soziale Marktwirtschaft wieder stark zu machen.*
832 *Wir wollen den Geist der Wirtschaftswunderjahre neu beleben. So kann die Soziale Markt-*
833 *wirtschaft ihr Wohlstandsversprechen auch künftig einlösen.*

834 **Zukunft hat ein Ziel.** Unser Ziel heißt: Bayern Weltspitze. Wir wollen in wesentlichen
835 Schlüsselbereichen der Wirtschaft zur globalen Leitregion werden. Die intelligente
836 Fabrik und das Internet der Dinge: werden in Bayern gedacht und gemacht. Vernetzte
837 Mobilität und selbstfahrende Autos: werden auf unseren Straßen realisiert. Personali-
838 sierte Medizin und neueste Medizintechnik: kommen aus unseren Laboren. Smarte
839 Energiesysteme und intelligente Häuser: werden bei uns aufgebaut. Höchster Schutz
840 für Daten und Privatsphäre: wird in Bayern programmiert. – Das nächste Wirtschafts-
841 wunder: findet in Bayern statt.

842 **Innovationskultur eröffnet Zukunft.** Unsere Wirtschafts- und Sozialordnung ist auf die
843 Innovationskraft von Unternehmen und Wissenschaft angewiesen. Ohne sie würden
844 wir im weltweiten Wettbewerb ins Hintertreffen geraten. Innovationen sichern Ar-
845beitsplätze und stabilisieren unsere sozialen Sicherungssysteme. Fortschritt, Innovati-
846 onen und Wachstum sind wichtig, um Fairness auch in Zukunft zu gewährleisten. Wir
847 stehen für Chancenbewusstsein statt Verzagtheit. Wir brauchen eine gesellschaftliche
848 Innovationskultur: Unser Land muss offen sein für verantwortliche Innovationen und
849 soll Lust auf Zukunft wecken.

850 **Fortschritt braucht Macher.** Unternehmer, Gründer und Beschäftigte sorgen für Auf-
851bruch. Starke Gründer stehen für neue Dynamik. Sie zeigen unternehmerischen Mut. Wir
852 wollen ein Klima der Gründerfreundlichkeit schaffen und den Gründergeist fördern: Nur
853 wenn wir Neues wagen, können wir Zukunft gewinnen. Die mittelständische Wirt-
854 schaft ist eine wesentliche Quelle von Fortschritt, Innovation und Wachstum. Mittel-
855 ständische Innovationsfähigkeit gibt es nur mit unternehmerischer Freiheit. Eine diri-
856 gistische, intervenierende und zentralistische Wirtschaftspolitik lehnen wir ab. Statt-
857 dessen setzen wir auf weniger Bürokratie und mehr Anreize für Innovationen. Wir sor-
858 gen für gute Rahmenbedingungen, damit bestehende Betriebe Zukunft haben und
859 Neues entstehen kann.

860 **Fortschritt muss den Menschen dienen.** Die Menschen haben Vertrauen in Fortschritt,
861 wenn er ihnen nützt und beherrschbar ist. Der Maßstab für Fortschritt ist der Mensch.
862 Technik darf sich nicht vom Menschen entkoppeln. Jede Art von Technik – auch auto-
863 nome Systeme und künstliche Intelligenz – muss vom Menschen beherrschbar blei-
864 ben. Nicht das Machbare, sondern das Verantwortbare ist unser Maßstab. Die Grenzen
865 von Technologisierung und Ökonomisierung sind dort erreicht, wo der Mensch nicht
866 mehr Maß der Dinge ist. Bei der Beurteilung neuer Technologien dürfen wir unseren
867 Maßstab nicht für allgemeingültig erklären: Wir müssen anderen Teilen der Welt an-
868 gesichts unterschiedlicher Herausforderungen zugestehen, auch zu anderen Entschei-
869 dungen zu kommen.

870 **Fortschritt benötigt ethische Leitplanken.** Wir müssen neue Konzepte zum Umgang mit
 871 neuen Technologien entwickeln. Bioethik steckt die Grenzen für die Biotechnologie ab:
 872 Biotechnologie muss der Heilung von Menschen verpflichtet sein – niemals darf sie zur
 873 Selektion von Leben führen. Digitalisierung braucht eine digitale Ethik. Wir stellen die
 874 digitale Souveränität der Menschen in den Mittelpunkt. Maßgabe muss der selbstbe-
 875 stimmte Umgang mit den eigenen Daten sein. Wir wollen das Recht auf informationelle
 876 Selbstbestimmung für die Welt von Daten und Algorithmen weiterentwickeln. Wir wol-
 877 len sicherstellen, dass Menschen nicht unbewusst oder gezwungenermaßen mit ihren
 878 Daten bezahlen müssen. Auch autonome Systeme und künstliche Intelligenz müssen
 879 unseren ethischen Vorgaben folgen. Die Prüfung der Algorithmen – von Programmen
 880 und Befehlen – muss hier möglich sein.

881 • **Fairness durch Befähigung: Chancen für alle!**

882 *Eine faire Wirtschafts- und Sozialordnung muss allen die Teilhabe am Wohlstand ermög-*
 883 *lichen. Unsere Maxime heißt: Fairness durch Befähigung, nicht durch Umverteilung! Wir*
 884 *wollen die Menschen befähigen, ihre Chancen zu nutzen: überall und für jeden.*

885 **Neue Chancen sind für alle da.** Dafür müssen wir stark sein in Bildung, Wissenschaft und
 886 Forschung. Spitzenforschung in Bayern und Deutschland bedeutet Spitzenchancen für
 887 die Menschen. Wir wollen die Forschungslandschaft in Bayern weiter in allen Landestei-
 888 len ausbauen. Neue Errungenschaften müssen überall in Bayern ihren Weg in die Wirt-
 889 schaft und zu den Menschen finden. Kooperation zwischen Hochschulen, außeruniversi-
 890 tärer Forschung und Wirtschaft ist die Triebfeder künftiger Erfolge. Die Talente von
 891 heute machen wir zu den Spitzenkräften von morgen. Das gelingt durch eine starke be-
 892 rufliche und akademische Ausbildung sowie durch Fort- und Weiterbildung. Fachkräfte-
 893 sicherung ist Wohlstandssicherung.

894 **Chancen liegen in starken Regionen.** In der Vielfalt liegt die Stärke Bayerns. Wir ge-
 895 stalten eine Politik der gegenseitigen Ergänzung von städtischen und ländlichen Regi-
 896 onen. Wir wollen alle gleichermaßen am guten Weg Bayerns teilhaben lassen. Gleich-
 897 wertige Lebensbedingungen sind die Voraussetzung für faire Chancen: Die Menschen
 898 müssen überall im Land gleichermaßen Zugang zu Arbeit, Bildung, Gesundheit, Kultur,
 899 Betreuung und staatlichen Dienstleistungen haben. Wir wollen mehr bezahlbaren
 900 Wohnraum mit Lebensqualität schaffen. Bezahlbarer Wohnraum muss Teil des Wohl-
 901 standsversprechens der Sozialen Marktwirtschaft sein. Der Freistaat fördert und si-
 902 chert gleichwertige Lebensverhältnisse und Arbeitsbedingungen in ganz Bayern.

903 **Chancen brauchen Infrastruktur.** Wirtschaft braucht Wege, Menschen brauchen Mo-
 904 bilität und alle brauchen das Internet. Eine leistungsfähige und ressourcenschonende
 905 Infrastruktur ist die Voraussetzung dafür, dass es überall Chancen gibt. Leistungsfä-
 906 hige Telekommunikations- und Breitbandverbindungen sind in der Gigabit-Gesell-
 907 schaft genauso Lebensadern für ein Land wie Verkehrswege, Transportmittel und
 908 Stromnetze. Bayern kann seine Stärken nur ausspielen, wenn seine Infrastruktur auf
 909 modernstem Stand ist. Mit einer vorausschauenden Infrastrukturpolitik wollen wir
 910 leistungsfähige Lösungen und Anwohnerschutz zusammenbringen. Wir müssen Mobi-
 911 lität von Menschen, Gütern und Daten neu denken. Moderne Mobilität bedeutet die
 912 Verknüpfung von Infrastruktur, Verkehrsträgern und digitaler Kommunikation. Dazu
 913 kommt der Ausbau der Elektromobilität. Wir wollen den Gedanken der gemeinsamen
 914 Ressourcennutzung, ganz gleich ob Car-Sharing oder andere Aspekte der Sharing Eco-
 915 nomy, in die Infrastruktur der Zukunft einbetten. Wir setzen uns für einen bedarfsge-
 916 rechten Ausbau der Infrastruktur ein. Dieser muss sich an der langfristigen Notwen-
 917 digkeit orientieren. Wir bauen nicht um des Bauens willen, wir bauen für die Zukunft
 918 der Menschen.

919 **Chancen gibt es nur mit Energie.** Unsere Energieversorgung soll sicher, sauber und
 920 bezahlbar sein. Das ist unverzichtbare Grundlage für wirtschaftlichen Erfolg, hohe Le-
 921 bensqualität sowie Umwelt- und Klimaschutz. Den Ausbau der erneuerbaren Energien
 922 gestalten wir im Einklang mit Mensch und Natur. Unsere bayerische Landschaft wollen
 923 wir bewahren. Die Energiewende darf nicht unverhältnismäßig zu Lasten der Bürger
 924 und der Wirtschaft gehen oder Arbeitsplätze gefährden. Wir wollen Energie sparen,
 925 einen vielfältigen Energiemix ausbauen und die Energietechnik weiterentwickeln. Da-
 926 für braucht es einen intelligenten, technologieoffenen und marktwirtschaftlichen Ord-
 927 nungsrahmen. Energieversorgung in Bürgerhand ist eine wichtige Grundlage für die
 928 Akzeptanz der Energiewende. Wir wollen die Energiewende nutzen, um Abhängigkei-
 929 ten zu verringern und die regionale Wertschöpfung zu stärken.

930 **Landwirtschaft heißt Chancen im ländlichen Raum.** Land- und Forstwirtschaft müssen
 931 auch künftig Garanten für Wertschöpfung in der Region sein: mit wertvollen Arbeits-
 932 plätzen, einer nachhaltigen Rohstoffherzeugung und -nutzung sowie flächendeckender
 933 Pflege der Kulturlandschaft. Wir bekennen uns zu unserer heimischen, bäuerlichen
 934 Landwirtschaft. Sie steht insbesondere für die Produktion hochwertiger Nahrungsmit-
 935 tel. Das Tierwohl ist uns dabei ein großes Anliegen: Die Stärke der bäuerlichen Land-
 936 wirtschaft liegt in der artgerechten und bodengebundenen Tierhaltung. Das Leitbild
 937 ist der familiengeführte Landwirtschaftsbetrieb. Besonders die Arbeit der kleinen und
 938 mittleren Betriebe muss wertgeschätzt werden. Unser Ziel ist es, die Vielfalt unserer
 939 Landwirtschaft zu erhalten: Alle Betriebsgrößen und Erzeugungsformen müssen mög-
 940 lich sein. Der permanente Strukturwandel muss durch politische Maßnahmen sozial
 941 und ökonomisch abgefedert werden. Wir wollen die Wettbewerbsfähigkeit unserer
 942 heimischen Land- und Forstwirtschaft sichern. Ökologische und soziale Leistungen der
 943 Landwirte, die gesellschaftlich gewünscht sind, müssen angemessen ausgeglichen
 944 werden. Wir wollen das Bewusstsein und die Wertschätzung für unsere gesunden und
 945 qualitativ hochwertigen Lebensmittel stärken. Über die Marktpreise sollen unsere hei-
 946 mischen Erzeuger ein sicheres und ausreichendes Einkommen erzielen können. Quali-
 947 tät hat auch bei Lebensmitteln ihren Preis.

948 • **Fairness durch Arbeit: Gutes Auskommen und soziale Sicherheit!**

949 *Erfolgreiches Wirtschaften ist auf Dauer nur mit sozialem Frieden möglich. Fairness heißt*
 950 *für uns: Wir wollen, dass Menschen von ihrer Arbeit leben können und soziale Sicherheit*
 951 *haben. Wir setzen uns für einen Sozialstaat des fairen Ausgleichs ein. Zur Fairness gehört*
 952 *Eigenverantwortung. Wir wollen ein selbstbestimmtes Leben fördern und zu Eigenverant-*
 953 *wortung befähigen. So viele Menschen wie möglich sollen für sich selbst sorgen können.*

954 **Wer arbeitet, muss davon leben können.** Arbeitnehmer gehören zu den Leistungsträ-
 955 gern unserer Gesellschaft. Jede Arbeit ist sinnvoll und hat ihren Wert. Wer arbeitet, soll
 956 mehr in der Tasche haben als jemand, der nicht arbeitet. Wer Vollzeit arbeitet, soll
 957 davon leben können. Instrumente der Sozialpolitik wie die Tarifbindung, Qualifizie-
 958 rungsmaßnahmen oder fallweise Aufstockung können helfen, diesen Anspruch zu er-
 959 füllen. Fairness im Erwerbsleben bedeutet nicht nur Auskommen, sondern auch Le-
 960 bensqualität.

961 **Gute Arbeit ist familienfreundlich.** Wir brauchen flexible Beschäftigungsmodelle für
 962 eine familienfreundliche Arbeitswelt. Dafür gibt es bereits viele Beispiele in der be-
 963 trieblichen Praxis. Der Wiedereinstieg in den Beruf nach einer Familienpause muss er-
 964 leichtert werden. Die Aufstiegs- und Qualifizierungschancen für Mütter und Väter gilt
 965 es zu verbessern. Gemeinsam mit den Unternehmen wollen wir Hemmnisse beseitigen
 966 und mehr Flexibilität ermöglichen. Der Wechsel von Teilzeit zu Vollzeit und umgekehrt
 967 muss einfacher möglich sein. Präsenz am Arbeitsplatz und die Möglichkeiten der Tele-
 968 arbeit sollen sich flexibel ergänzen. Wir wollen, dass unbefristete Arbeitsverhältnisse

- 969 die Regel bleiben. Gerade auch Berufsanfänger, die eine Familie haben oder gründen
970 wollen, brauchen Planungssicherheit.
- 971 **Betriebliche Vielfalt ist Chance und braucht Fairness.** In vielen Unternehmen ist die
972 Belegschaft so vielfältig wie unsere Gesellschaft: mit Frauen und Männern, Jung und
973 Alt, Menschen mit vielfältigen Qualifikationen und unterschiedlicher Herkunft. So kön-
974 nen Unternehmen neue Entwicklungen schneller aufnehmen. Es muss Selbstverständ-
975 lichkeit sein: Frauen und Männer müssen gleiches Geld für gleiche Arbeit bekommen.
976 Das Geschlecht darf bei gleichen Voraussetzungen die Aufstiegschancen nicht beein-
977 flussen. In selber Weise dürfen Arbeitnehmer mit Behinderungen oder Migrationshin-
978 tergrund nicht benachteiligt werden.
- 979 **Die moderne Arbeitswelt benötigt einen modernen Rahmen.** Die Prinzipien der Tarif-
980 autonomie, der Mitbestimmung und der Sozialpartnerschaft haben sich bewährt.
981 Gleichzeitig wird die Gestaltung der Arbeitswelt neu herausgefordert. Internationaler
982 Austausch, Digitalisierung und demografischer Wandel verändern die Ansprüche an
983 die Arbeitswelt. Neue Arbeitsformen wie „Crowd-Working“ verwischen die Grenzen
984 zwischen abhängiger und selbstständiger Tätigkeit. Unsere Überzeugung ist, dass die
985 moderne Arbeitswelt gemeinsam ausgestaltet werden muss: mit grundsätzlicher Ver-
986 lässlichkeit und notwendiger Flexibilität. Das Arbeitsrecht muss auf die Arbeitswelt
987 angepasst, aber nicht entkernt werden. Wir stehen zum notwendigen Schutz der Ar-
988 beitnehmer.
- 989 **Vermögensaufbau muss möglich sein.** Wir wollen, dass jeder durch eigene Arbeit Eigen-
990 tum erwerben und Vermögen aufbauen kann. Das ermöglicht Teilhabe an der Wohl-
991 standsentwicklung. Eigentum bedeutet Sicherheit. Gerechte Steuer- und Vorsorgepolitik
992 belohnt Eigenverantwortung, Leistung und private Vorsorge. Gerade für Familien muss
993 der Erwerb von Wohneigentum möglich sein. Wir treten deshalb für ein Baukindergeld
994 ein.
- 995 **Gesundheit darf keine Frage von Einkommen sein.** Im Mittelpunkt unseres Gesund-
996 heitssystems steht der Mensch. Kranke, Menschen mit Behinderung und Pflegebedürf-
997 tige müssen auf die Solidarität der Gemeinschaft vertrauen können. Niemand, der Hilfe
998 benötigt, darf alleine gelassen werden. Einer Zwei- oder Mehrklassenmedizin erteilen
999 wir eine Absage. Solidarität bedeutet, dass starke Schultern mehr tragen als schwache.
1000 Die CSU lehnt ein System ab, bei dem jeder unabhängig vom Einkommen gleich viel
1001 zahlen muss. Wir treten für eine vielgestaltige Versicherungslandschaft ein, in der ver-
1002 schiedene Modelle ihren Platz haben. Der medizinische und technische Fortschritt muss
1003 für alle da sein: Der Präventionsgedanke soll weiter gestärkt sowie die sprechende und
1004 beratende Medizin ausgebaut werden. Moderne Medizin hat einen ganzheitlichen Blick
1005 auf den Menschen als Einheit von Körper, Seele und Geist.
- 1006 **Flächendeckende Versorgung ist unabdingbar.** Wir wollen Medizin und Hilfe zu den
1007 Menschen bringen, nicht umgekehrt. Dafür müssen alle Möglichkeiten wie die der Te-
1008 lemedizin ausgeschöpft werden. Die flächendeckende Versorgung soll passgenau mit
1009 ambulanten haus-, fachärztlichen sowie stationären Leistungen erfolgen. Das gilt auch
1010 für Reha- und Pflegeeinrichtungen sowie Apotheken. Wir halten freie Arzt- und Kran-
1011 kenhauswahl, Therapiefreiheit und Unabhängigkeit der freien Gesundheitsberufe
1012 hoch. Um auch künftig qualifiziertes Personal zu finden, müssen wir die Attraktivität
1013 der Pflegeberufe steigern. Menschen, die sich um andere kümmern, haben unsere be-
1014 sondere Wertschätzung verdient. Wir wollen Innovationen nutzen, um Eigenverant-
1015 wortung, Mitwirkung und Selbstkontrolle des Patienten zu stärken. Der Einzelne muss
1016 immer die Hoheit über seine Gesundheitsdaten haben.
- 1017 **Die Rente muss fair und auskömmlich sein.** Wer sein Leben lang gearbeitet hat, soll
1018 im Alter auskömmlich und selbstbestimmt leben können. Wer mehr eingezahlt hat,

1019 muss im Alter auch mehr haben; dafür steht die Leistungsrente. Wer Kinder aufgezogen hat, soll davon beim Rentenniveau profitieren; dafür stehen Mütterrente und Kinderbonus. Altersarmut – von der insbesondere Frauen betroffen sind – müssen wir aktiv bekämpfen. Fairness zwischen den Generationen wird über den Generationenvertrag und die Rentenformel sichergestellt. Aufgrund der steigenden Lebenserwartung muss langfristig eine Balance hergestellt werden: zwischen privater wie betrieblicher

1020
1021
1022
1023
1024
1025
1026
1027

1028 **Der Sozialstaat muss tragfähig bleiben.** Einen leistungsfähigen Sozialstaat kann es nur geben, wenn wir wirtschaftlich stark sind. Wir können für unseren Sozialstaat nur so viel ausgeben, wie wir erarbeiten. Es ist unmoralisch, unseren Kindern und Enkeln Schulden und Lasten aufzuerlegen. Soziale Sicherheit muss dauerhaft auf einem stabilen Fundament stehen. Wir setzen uns für eine zukunftsfeste Finanzierung der sozialen Sicherung ein. Zu ihren Elementen gehören Beiträge von Arbeitnehmern und Arbeitgebern, betriebliche und private Vorsorge sowie Steuerfinanzierung.

1029
1030
1031
1032
1033
1034

1035 • **Fairness durch Regeln: Globale Ordnung!**

1036 *Fairness gibt es nur mit Regeln, an die sich alle halten. Die Soziale Marktwirtschaft muss auch in der neuen Wirtschaftswelt die ordnende Kraft sein. Die Grundprinzipien der Sozialen Marktwirtschaft sind in die Zukunft zu übersetzen und weltweit zu exportieren. Wir wollen die Soziale Marktwirtschaft zur global-sozialen Marktwirtschaft machen.*

1037
1038
1039

1040 **Wettbewerb braucht Schutz vor Monopolen.** Die Digitalisierung verändert die Spielregeln am Markt grundlegend: Einige wenige globale Konzerne können mit ihrer Marktmacht ihre eigenen Regeln setzen. Weltweite Monopole über verschiedene Sektoren hinweg bedrohen Wettbewerb und Arbeitsplätze. Die Soziale Marktwirtschaft muss wehrhaft sein: Nicht Größe darf entscheiden, sondern der funktionierende Wettbewerb. Wir setzen uns dafür ein, die übergroße Marktmacht einzelner Unternehmen zu begrenzen. Gegen Monopole bei Daten und Informationen helfen nur strikte Auflagen. Wir brauchen im Kartellrecht ein modernes Verständnis von Marktabgrenzung auf nationaler, europäischer und globaler Ebene. Durchsetzungsfähige Behörden sorgen für eine effektive Wettbewerbskontrolle. Wir treten für wirksame digitale Spielregeln in Europa und der Welt ein. Wir wollen, dass europäische Standards auch gegenüber multinationalen Unternehmen mit Sitz außerhalb Europas durchgesetzt werden.

1041
1042
1043
1044
1045
1046
1047
1048
1049
1050
1051

1052 **Neues und Altes verdienen Chancengleichheit.** Der digitale Wandel hat Produkte und Dienstleistungen hervorgebracht, für die bestehende Regeln nicht ausgelegt sind. Es wäre nicht fair, wenn neue Anbieter daraus einen dauerhaften Wettbewerbsvorteil gegenüber den traditionellen Branchen ziehen. Umgekehrt wäre es nicht richtig, neue Geschäftsmodelle zu benachteiligen oder gar zu verbieten. Deshalb stehen wir für eine Angleichung der Regulierung von alter und neuer Welt: Was bisher nicht reguliert ist, braucht eine Mindestregulierung. Was übermäßig reguliert ist, bekommt mehr wirtschaftliche Freiheit und weniger Bürokratie.

1053
1054
1055
1056
1057
1058
1059

1060 **Finanzmärkte und Steuerwettbewerb benötigen entschiedene Regulierung.** Wir wollen keine Verselbstständigung der Finanzmärkte. Die Finanzwirtschaft muss wieder auf ihre dienende und stabilisierende Rolle zurückgeführt werden. Unser deutsches Drei-Säulen-System aus Privatbanken, öffentlich-rechtlichen Banken und Genossenschaftsbanken hat sich bewährt. Wir befürworten eine strikte Regulierung des weltweiten Finanzmarkts, die gleichwohl angemessen den Unterschieden in unserem Bankensystem Rechnung trägt. Fairer Wettbewerb verlangt internationale Steuerfairness.

1061
1062
1063
1064
1065
1066

- 1067 Gewinne und Einkommen müssen dort versteuert werden, wo sie erwirtschaftet werden. Einem unfairen und ruinösen Steuerwettbewerb gehören Grenzen gesetzt; Steuererosen müssen weltweit geächtet werden.
- 1068
- 1069
- 1070 **Welthandel muss unseren Standards folgen.** Wir stehen zum freien und fairen Welt-
- 1071 handel. Wir dürfen aber nicht zulassen, dass unsere sozialen, ökologischen oder politi-
- 1072 schen Standards in der globalen Wirtschaft untergraben werden. Wir fordern bei inter-
- 1073 nationalen Handelsverträgen, dass unsere Standards für Arbeits-, Verbraucher-, Tier- und
- 1074 Umweltschutz eingehalten werden. Fragen der kommunalen Daseinsvorsorge wie die
- 1075 Trinkwasserversorgung haben in Handelsabkommen nichts verloren.
- 1076 **Globalisierung braucht globale Regeln mit unseren Werten.** Wir dürfen uns nicht damit
- 1077 abfinden, dass Globalisierung Verlierer produziert. Der Staat hat die Aufgabe, die po-
- 1078 sitiven Seiten der Globalisierung allen seinen Bürgern zugänglich zu machen. Jeder soll
- 1079 zum Globalisierungsgewinner werden können. Wir wollen dazu die Prinzipien der Sozi-
- 1080 alen Marktwirtschaft international verbindlich machen. Wir wollen Taktgeber für inter-
- 1081 nationale Standards sein und ordnungspolitische Leitplanken setzen. Die Soziale Markt-
- 1082 wirtschaft ist die gemeinsame europäische Antwort auf Herausforderungen einer glo-
- 1083 balisierten Wirtschaft. Wir wollen für die Errungenschaften der Sozialen Marktwirtschaft
- 1084 werben und sie als Wirtschaftsform erster Wahl global verfestigen. Notwendige Voraus-
- 1085 setzungen für einen fairen Wettbewerb sind eine globale Wettbewerbspolitik, der
- 1086 Schutz geistigen Eigentums, der Kampf gegen Korruption und ein stabiles internationa-
- 1087 les Finanzsystem. Gerade Landwirtschaft, Ernährungswirtschaft und Verbraucherschutz
- 1088 benötigen Raum für Regionalität und Vielfalt.
- 1089
- **Fairness durch Nachhaltigkeit: Verantwortung für die Eine Welt!**
- 1090 *Nachhaltig handeln heißt, ökonomische, ökologische und soziale Aspekte einzubeziehen.*
- 1091 *Faires Wirtschaften berücksichtigt nachfolgende Generationen und respektiert die Schöp-*
- 1092 *fung. Faires Wirtschaften weiß um die Herausforderungen globaler Ungleichheiten und*
- 1093 *denkt an die eigene Verantwortung in der Einen Welt. Wir wollen die Soziale Marktwirt-*
- 1094 *schaft auch zu einer ökosozialen machen.*
- 1095 **Umweltschutz fängt bei uns an.** Der Auftrag zur Bewahrung der Schöpfung folgt un-
- 1096 mittelbar aus dem christlichen Menschenbild. Dabei setzen wir auf Kooperation statt
- 1097 Konfrontation. Für uns kommen Freiwilligkeit, Eigenverantwortung und kooperativer
- 1098 Umweltschutz vor staatlicher Regulierung. Partner, die freiwillig mehr leisten als ge-
- 1099 setzlich verpflichtet, sind Vorbild im Umweltschutz. Umweltdelikte sind keine Kava-
- 1100 liersdelikte. Wer Vorschriften missachtet, muss mit aller Härte des Rechtsstaats rech-
- 1101 nen.
- 1102 **Nachhaltigkeit ist Notwendigkeit und Chance für Wirtschaft und Umwelt.** Wir setzen
- 1103 auf Umweltinnovationen. Die Agrarforschung muss nachdrücklich verstärkt werden.
- 1104 Nachhaltige Tierhaltung und Landnutzung sowie effizienter Ressourceneinsatz sollen
- 1105 dadurch weiter verbessert werden. Wir wollen das Wirtschaftswachstum durch intelli-
- 1106 genten Fortschritt vom Ressourceneinsatz entkoppeln. Die Steigerung der Ökoeffizi-
- 1107 enz und das Schließen von Wirtschaftskreisläufen verbindet quantitatives und qualita-
- 1108 tives Wachstum. So bringen wir Ökonomie und Ökologie zusammen.
- 1109 **Eine gemeinsame Welt braucht gemeinsamen Schutz.** Wir wollen unsere Wirtschafts-
- 1110 form so weiterentwickeln, dass wir die Belastbarkeit der Erde nicht ausreizen. Ökolo-
- 1111 gische Nachhaltigkeit ist eine globale Aufgabe. Wir müssen gemeinsam die Lebens-
- 1112 grundlagen vor Raubbau, Zerstörung und unumkehrbaren Klimaveränderungen schüt-
- 1113 zen. In unserer Einen Welt gelingt der Schutz von Umwelt, Natur und Klima nur durch
- 1114 aktive internationale Zusammenarbeit. Die völkerrechtsverbindliche Zielvereinbarung
- 1115 für den CO₂-Ausstoß ist beispielhaft.

- 1116 **Fair ist, an andere zu denken.** Fairer Wohlstand ist das zentrale Konzept für die glo-
1117 bale Entwicklung in der Einen Welt. Die Industrieländer dürfen ihren Wohlstand nicht
1118 auf Kosten anderer erwirtschaften. Ausbeutung kann nicht die Grundlage günstiger
1119 Preise sein. Bei globaler Wertschöpfung müssen wir andere dabei unterstützen, selbst
1120 nachhaltig zu wirtschaften. Die global nachhaltige Entwicklung liegt in unserem Inte-
1121 resse. Fairer Wohlstand schützt vor sozialen Spannungen und stiftet Frieden. Wir un-
1122 terstützen die nachhaltigen Entwicklungsziele der Vereinten Nationen. Bayern und
1123 Deutschland leisten dazu einen wichtigen Beitrag. Alle Menschen sollen Zugang zu
1124 Wasser, Nahrung, Bildung, Arbeitsplätzen und medizinischer Versorgung erhalten.
- 1125 **Schulden sind kein Vermächtnis.** Fair ist es, heute an morgen zu denken. Unsere Kin-
1126 der und Enkel haben Chancen statt Schulden verdient. Wir dürfen unseren Wohlstand
1127 nicht auf Kosten der kommenden Generationen erwirtschaften. Eine Finanzierung des
1128 Staates auf Schuldenbasis lehnen wir kategorisch ab. Solide Staatsfinanzen sind Ga-
1129 rant für Generationengerechtigkeit.

1130 3. Staats- und Rechtsordnung: stark und verlässlich!

1131 *Deutschlands Staats- und Rechtsordnung hat sich über Jahrzehnte bewährt und ist welt-*
 1132 *weit Vorbild. Sie steht für Stabilität, Freiheit, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit. Gleich-*
 1133 *wohl wird sie heute herausgefordert: durch neue Bedrohungen im Innern und Äußern,*
 1134 *durch ausufernde Erwartungen an den Staat und durch komplexere Zusammenhänge.*
 1135 *Die Menschen haben Anspruch auf einen starken Staat, dem sie vertrauen können.*

1136 **Neue Bedrohungen richten sich gegen das Gemeinwesen.** Terrorismus, Angriffe aus
 1137 dem Internet und staatsfeindliche Ideologien bedrohen unser Zusammenleben. Un-
 1138 sere Staats- und Rechtsordnung muss darauf Antworten geben. Mit neuen Instrumen-
 1139 ten wollen wir mehr Sicherheit schaffen, um die Freiheit zu schützen.

1140 **Die Erwartungen an den Staat verändern sich.** Gewünscht ist mehr Beteiligung –
 1141 gleichzeitig soll es schnelle Entscheidungen geben. Erwartet werden umfassende Re-
 1142 gelungen – gleichzeitig muss es weniger Bürokratie geben. Gefordert wird ein durch-
 1143 setzungsstarker Staat – gleichzeitig ist die Freiheit der Bürger zu achten. Damit muss
 1144 der moderne Staat lernen umzugehen.

1145 **Die staatliche Steuerungsfähigkeit wird auf die Probe gestellt.** Akteure in der digita-
 1146 len Welt entziehen sich zunehmend staatlichen Regelungen. Hier muss die staatliche
 1147 Ordnung gegenwirken und neue Möglichkeiten zur Steuerung entwickeln. Es muss
 1148 gelten: Die Politik setzt die Regeln.

1149 **Politik muss mit wachsender Komplexität umgehen.** Der technische Fortschritt und
 1150 die wirtschaftliche Beschleunigung führen zu großen Veränderungen. Vertrauen in die
 1151 Institutionen und deren Fähigkeit zur Problemlösung wird immer öfter auf die Probe
 1152 gestellt. Aufgabe der Politik ist es, Veränderungen zu erklären und Wandel zu gestal-
 1153 ten. Es darf sich niemand abgehängt oder von der Modernisierung überfordert fühlen.
 1154 Gute Politik nimmt die Menschen mit und bindet sie ein.

1155 **Medien und Internet beeinflussen zunehmend den öffentlichen Diskurs.** Eine leben-
 1156 dige Demokratie ist auf Vielfalt von Meinungen und Objektivität von Informationen
 1157 angewiesen. Der Staat muss dies auch im Zeitalter von Suchmaschinen und sozialen
 1158 Medien sicherstellen. Nicht die Macht der Algorithmen, sondern die Macht der Argu-
 1159 mente muss gelten.

1160 **Starker Staat | Was unser Leitbild ist**

1161 *Wir stehen für eine Ordnung des starken und verlässlichen Staates. Der Staat ist oberster*
1162 *Garant von Freiheit und Sicherheit, von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit. Er achtet die*
1163 *Rechte der Bürger und sorgt für Gerechtigkeit. Gelingendes Zusammenleben setzt einen*
1164 *starken Staat voraus. Nur er kann die Bürger beschützen und die demokratische Ordnung*
1165 *verlässlich durchsetzen.*

1166 **Wir gehen vom freien und mündigen Staatsbürger aus.** Der Staat muss eine vernünftige
1167 Ordnung der allgemeinen Freiheit gewährleisten. Allgemeine Freiheitsrechte sind
1168 zu schützen und im Verhältnis der Mitbürger zu regeln. Der Staat muss die Beteiligung
1169 an der politischen Willensbildung als Freiheitsrecht gewährleisten.

1170 **Wir setzen auf den starken und souveränen Staat.** Er ist vom Staatsvolk als Souverän
1171 getragen, übt die Staatsgewalt aus und schützt das Staatsgebiet. Weder sozialistische
1172 Utopien noch übersteigerter Liberalismus können eine funktionierende staatliche Ord-
1173 nung ermöglichen. Ein starker Staat ist Garant einer freien Gesellschaft und Hüter der
1174 Sozialen Marktwirtschaft.

1175 **Wir treten für die freiheitliche demokratische Grundordnung ein.** Sie führt die Staats-
1176 gewalt auf die politische Freiheit der Staatsbürger zurück. Der Staat muss sich gegen-
1177 über denen behaupten, die seine Grundordnung hintertreiben oder beseitigen wollen.
1178 Wir bekämpfen politischen Extremismus von Links wie von Rechts ebenso wie jede Art
1179 von religiösem Extremismus. Die wehrhafte Demokratie darf weder auf dem rechten
1180 noch auf dem linken Auge blind sein.

1181 **Wir stehen für den starken Rechtsstaat.** Der Bürger muss darauf vertrauen können,
1182 dass die Rechtsordnung gilt und verlässlich vollzogen wird. Nicht das Recht des Stär-
1183 keren, sondern die Stärke des Rechts muss gelten. Wir sind überzeugt: Ein Staat ist
1184 nur verlässlich mit einem starken und unabhängigen Rechtswesen.

1185 **Wir bekennen uns zur parlamentarischen Demokratie.** Sie lebt von der aktiven Mit-
1186 wirkung der Bürger, vor allem bei Wahlen. Sie legitimiert staatliches Handeln. Der
1187 erste Ort hierfür sind die Parlamente mit ihren demokratisch gewählten Abgeordne-
1188 ten. Wir stehen für starke und unabhängige Parlamentarier. Die direkte Demokratie
1189 mit Bürger- und Volksentscheiden ist eine wichtige Ergänzung.

1190 **Wir sind überzeugte Föderalisten.** Die deutschen Länder sind historisch gewachsen.
1191 Sie geben Identität und Heimat. Wir schöpfen unsere Kompetenzen zum Wohle unse-
1192 rer Bürger voll aus. Auch künftig werden wir die Dinge selbstbewusst in unserem – im
1193 bayerischen – Sinne regeln. Wir werden jeden Versuch zurückweisen, die Eigenstaat-
1194 lichkeit der Länder zu untergraben oder ihre Kompetenzen auszuhöhlen. Deutschland
1195 braucht das starke Bayern.

1196 **Wir denken Politik von den Kommunen her.** Eine lebendige Demokratie lebt von Bür-
1197 gernähe und eigenverantwortlichen Gestaltungsmöglichkeiten. Wir treten für starke
1198 und lebendige Kommunen ein. Das Subsidiaritätsprinzip muss in Bayern, Deutschland
1199 und Europa gelten: Eine Aufgabe soll nur dann von einer höheren Ebene wahrgenom-
1200 men werden, wenn eine untere sie nicht ebenso oder gar besser erledigen kann.

1201 **Wir stehen für die Mitwirkung der Parteien an der Meinungs- und Willensbildung.**
1202 Demokratie lebt vom konstruktiven Wettstreit der politischen Ideen. Für einen stabili-
1203 len, handlungsfähigen Staat ist die integrative Kraft der Parteien unerlässlich. Als
1204 Volkspartei führen wir alle Bevölkerungsteile und Schichten zusammen. So schaffen
1205 wir politischen Ausgleich.

1206 **Neues Vertrauen | Worauf es in Zukunft ankommt**

1207 *Die Bürger müssen darauf vertrauen können, dass der Staat seinen Aufgaben verlässlich*
 1208 *nachkommt. Der Staat muss seinerseits um neues Vertrauen werben, damit er Rückhalt*
 1209 *hat und stark sein kann. Wir stehen für den Staat, zu dem die Menschen Vertrauen haben*
 1210 *können. Er muss Sicherheit bieten, für Recht und Ordnung sorgen, Lösungen liefern und*
 1211 *Akzeptanz finden. Wir wollen einen Staat, der stark im Großen und freiheitlich im Kleinen*
 1212 *ist; einen wertgebundenen Staat, der auch wehrhaft ist; und einen bürgerfreundlichen*
 1213 *Staat, der vom Menschen her gedacht ist.*

1214 • **Vertrauen durch Schutz: Der Staat als Garant von Sicherheit und Ordnung!**

1215 *Die erste Aufgabe des Staates ist es, seine Bürger zu schützen. Der Staat muss Stärke*
 1216 *zeigen, wenn es um den Schutz seiner Bürger geht. Darauf vertrauen die Bürger. Heute*
 1217 *ist Sicherheit wichtiger denn je. Wir wollen, dass bei uns alle Menschen frei und sicher*
 1218 *leben können – zuhause, im öffentlichen und im digitalen Raum. Nur in einem sicheren*
 1219 *Staat ist ein Leben in Freiheit möglich.*

1220 **Freiheit braucht Sicherheit.** Sicherheit ist Voraussetzung für Freiheit, friedliches Zu-
 1221 **sammenleben und Vertrauen in den Staat.** Die Menschen in unserem Land haben ein
 1222 **Recht auf Sicherheit.** Bayern sorgt für ein Leben in Sicherheit, und das bleibt auch in
 1223 **Zukunft so.** Wir gewähren null Toleranz bei Rechtsverstößen und Gewalt. Die CSU ist
 1224 **und bleibt die Partei der Inneren Sicherheit.** In Bayern leben, heißt sicher leben.

1225 **Sicherheit braucht Stärke und Sichtbarkeit.** Kennzeichen unserer Innenpolitik ist eine
 1226 **robuste bayerische Sicherheitsarchitektur:** Die Stärke und Kompetenz unserer Sicher-
 1227 **heitsbehörden sorgt für Deeskalation.** Recht und Ordnung sind konsequent durchzu-
 1228 **setzen.** Eine Bagatellisierung von Straftaten darf nicht sein. Wir geben unseren Sicher-
 1229 **heitsbehörden einen starken Rückhalt in Politik und Gesellschaft.** Unsere Polizei muss
 1230 **sich nicht verstecken.** Sichtbare Polizei im öffentlichen Raum gehört zu einem sicheren
 1231 **Staat.** Zur Inneren Sicherheit zählt aber auch die Hilfe in Notfällen und elementaren
 1232 **Gefahrenlagen.** Rettungsdienste, Feuerwehren und Katastrophenschutz leisten haupt-
 1233 **beruflich und ehrenamtlich jeden Tag Großes.** Sicherheit braucht solche engagierten
 1234 **Bürger.** Wir wertschätzen dieses Engagement, fördern es und reduzieren bürokrati-
 1235 **sche Hemmnisse.**

1236 **Sicherheit gibt es nur mit Vertrauen.** Unsere Sicherheitskräfte verdienen Respekt und
 1237 **Anerkennung.** Wir sind stolz auf unsere bayerische Polizei und auf alle, die im täglichen
 1238 **Dienst für die Sicherheit der Bevölkerung eintreten.** Verlässlich gewährleisten sie Si-
 1239 **cherheit und setzen Ordnung durch.** Polizeiarbeit darf nicht behindert oder verun-
 1240 **glimpfend als Polizeigewalt hingestellt werden.** Wer Gewalt gegen unsere Sicherheits-
 1241 **kräfte übt, greift uns alle an.** Wir wollen mehr für die Sicherheit derer tun, die uns vor
 1242 **Rechtsbrechern schützen.** Wir schützen die, die uns schützen.

1243 **Der Schutz vor neuen Gefahren benötigt neue Konzepte.** Bedrohungen machen nicht
 1244 **an Staats- und Ländergrenzen halt.** Im Kampf gegen internationalen Terrorismus und
 1245 **organisierte Kriminalität bedarf es intensiver Zusammenarbeit aller Sicherheitsbehör-**
 1246 **den, über Länder- und nationale Grenzen hinweg.** Gefährder müssen an der Einreise
 1247 **in unser Land gehindert werden, sie müssen überwacht und wenn möglich außer Lan-**
 1248 **des gebracht werden.**

1249 **Die Bundeswehr ist Teil der nationalen Sicherheit.** Im Kampf gegen asymmetrische
 1250 **und terroristische Bedrohungslagen brauchen wir ein integriertes nationales Sicher-**
 1251 **heitskonzept.** Kräfte der äußeren und inneren Sicherheit sollen sich wirksam ergänzen.
 1252 **Gegen terroristische Bedrohungen, zur Grenzsicherung und beim Angriff auf kritische**
 1253 **Infrastrukturen soll die Bundeswehr auch außerhalb der Katastrophenhilfe im Innern**
 1254 **zum Einsatz kommen können.**

- 1255 **Sicherheit braucht die beste Ausstattung und geeignete rechtliche Befugnisse.** Die
 1256 personelle, technische und rechtliche Ausstattung unserer Sicherheitskräfte muss auf
 1257 aktuellem Stand und höchstem Niveau sein. Kriminelle dürfen keinen technischen Vor-
 1258 sprung haben. Neue Bedrohungsszenarien wie Terrorismus oder digitale Kriminalität
 1259 erfordern geeignete Befugnisse. Der digitale Raum ist kein rechtsfreier und kein
 1260 rechtsverfolgungsfreier Raum. Auch digitale Spuren müssen rechtssicher und verhält-
 1261 nismäßig ausgewertet werden können. Die Balance zwischen Freiheit und Sicherheit
 1262 ist für das digitale Zeitalter fortzuschreiben.
- 1263 **Auch Verbraucherschutz ist Sicherheit.** Die Verbraucher sollen sich auf sichere Lebens-
 1264 mittel, Produkte und Dienstleistungen verlassen können. Wir wollen ein Netz der Ver-
 1265 brauchersicherheit spannen. Mündige Verbraucher, die Selbstverpflichtung von Produ-
 1266 zenten, die Nutzung von aussagekräftigen Siegeln sowie staatliche Regelungen und
 1267 Kontrollen sollen zusammenwirken. Bei Verstößen müssen wirkungsvolle Sanktions-
 1268 mechanismen greifen. Das muss mehr als bisher auch für Importprodukte gelten.
- 1269 • **Vertrauen durch Ordnung: Stärke des Rechts!**
- 1270 *Das Vertrauen der Bürger in die Geltung des Rechts ist Grundlage jeglicher staatlichen*
 1271 *Ordnung. Wir wollen einen verlässlichen Staat, der die demokratische Herrschaft des*
 1272 *Rechts garantiert. Das Gewaltmonopol des Staates ist für uns nicht verhandelbar.*
- 1273 **In Deutschland gilt das Grundgesetz.** Rechtsetzung, Rechtsprechung und Rechtsvoll-
 1274 zug sind für uns ausschließlich staatliche Aufgaben. Sie sind zwingend an das Grund-
 1275 gesetz gebunden. Nur der Staat ist berechtigt und verpflichtet, die geltende Rechts-
 1276 ordnung durchzusetzen. Er darf nicht weichen, sondern muss Stärke zeigen gegenüber
 1277 Parallelgesellschaften. Parallelgesellschaften haben bei uns keinen Platz. Wir dulden
 1278 weder Paralleljustiz noch Relativierungen oder gar Beschneidungen von Grundrechten.
 1279 Wir zeigen null Toleranz gegenüber verfassungsfeindlichen Ideologien, religiösem
 1280 Fanatismus und menschenrechtswidrigen Handlungen wie Zwangsheirat, Kinderehen
 1281 und Genitalverstümmelung. Eine Erosion unserer Staats- und Rechtsordnung lassen
 1282 wir nicht zu.
- 1283 **Der Rechtsstaat ist weltanschaulich neutral.** Unsere Staats- und Rechtsordnung un-
 1284 terscheidet zwischen Staat und Religion. Das Verhältnis zu den christlichen Kirchen
 1285 und anderen verfassten Religionsgemeinschaften ist partnerschaftlich ausgestaltet.
 1286 Jede Praxis von Religion muss sich in diese Ordnung einfügen. Bei uns hat weder eine
 1287 Staatsreligion Platz noch eine von einem anderen Staat gesteuerte oder finanzierte
 1288 Religion. Umgekehrt muss der Staat sicherstellen, dass seine religiöse und weltan-
 1289 schauliche Neutralität gewahrt bleibt. Das Tragen von Kopftuch oder Vollverschlei-
 1290 erung verbietet sich für Vertreter der Staatsgewalt.
- 1291 **Strafrecht braucht Konsequenz.** Wir setzen auf effektive und rasche Strafverfolgung.
 1292 Verbrechen darf sich nicht lohnen. Der Rechtsstaat muss klare Kante zeigen und sei-
 1293 nen Strafanspruch durchsetzen. Strafen müssen spürbar sein, aber auch Maß und
 1294 Mitte kennen. Im Vordergrund stehen der Schutz der Opfer und die Verhinderung
 1295 neuer Straftaten. Resozialisierung ist wichtig, darf aber nicht zu falsch verstandener
 1296 Milde führen. Opferschutz geht vor Täterschutz.
- 1297 **Rechtsstaatlichkeit heißt auch Rechtssicherheit.** Nur rechtsstaatliche Verfahren ge-
 1298 währleisten belastbare Entscheidungen, die anerkannt werden. Rechtssicherheit ist
 1299 ein hohes Gut. Man muss sich auf die Geltung und Durchsetzung von Recht und Gesetz
 1300 verlassen können. Gesetzgebung und -anwendung sollen vorhersehbar sein und Kon-
 1301 stanz zeigen. Es darf keine beliebige Anwendung von Recht und keine willkürliche Aus-
 1302 setzung von Vorschriften geben. Zur Rechtssicherheit gehört Rechtseffizienz: Ehe
 1303 neues Recht erlassen wird, muss bestehendes angewandt werden.

- 1304 **Recht kontrolliert Politik, ersetzt sie aber nicht.** Staatliches Handeln unterliegt der
 1305 Kontrolle der Gerichte. Politische Leitentscheidungen gehören aber in die Parlamente.
 1306 Das ist Kern des Rechtsstaats und der Gewaltenteilung.
- 1307 • **Vertrauen durch Souveränität: Klare Kompetenzen!**
- 1308 *Neues Vertrauen gewinnt der Staat durch klar zugewiesene Kompetenzen der verschiede-*
 1309 *nen Ebenen. Ein souveräner Staat ist ein handlungsfähiger Staat. Er ist in der Lage, die*
 1310 *an ihn legitimer Weise gerichteten Ansprüche zu erfüllen. Gleichzeitig gilt: Der Staat kann*
 1311 *nicht der allumfassende Vorsorgestaat sein, der jede Entscheidung und jedes Risiko ab-*
 1312 *nimmt.*
- 1313 **Kommunen sind Heimat.** Sie sind dem Bürger am nächsten: Hier engagieren sich Men-
 1314 schen ehrenamtlich. Hier gestalten Menschen ihr unmittelbares Lebensumfeld. Hier
 1315 beginnt Politik. Wir wollen starke und eigenverantwortliche Kommunen, die finanziell
 1316 so ausgestattet sind, dass sie ihre Aufgaben erfüllen können. Kommunalfreundlichkeit
 1317 und die Achtung der kommunalen Selbstverwaltung sind Überschrift unserer Politik.
 1318 Wir setzen uns für die Lebensqualität und Zukunftschancen der Menschen ein. Die Or-
 1319 ganisation der öffentlichen Daseinsvorsorge im fairen Wettbewerb ist Sache der Kom-
 1320 munen. Zur Daseinsvorsorge gehört auch das schnelle Internet.
- 1321 **Souveränität baut auf Eigenstaatlichkeit.** Starke, leistungsfähige Länder sind ent-
 1322 scheidend für bürgernahes staatliches Handeln. Wir verteidigen und stärken die föde-
 1323 rale Selbstständigkeit der Länder gegenüber dem Bund und Europa. Bei der Aufga-
 1324 benverteilung muss dem Gedanken der Subsidiarität Rechnung getragen werden. Eu-
 1325 ropa und der Bund müssen mehr Regionalität zulassen und mehr Abweichungsspiel-
 1326 räume eröffnen.
- 1327 **Souveränität wächst mit föderalem Wettbewerb.** Wir wollen den Wettbewerb im Fö-
 1328 deralismus wieder stärken. Die Länder sollen untereinander und mit dem Bund um die
 1329 besten Lösungen konkurrieren. Dadurch schaffen wir echten Mehrwert für die Bürger.
 1330 Hier sind vor allem die anderen Länder gefordert: Sie müssen ihre Aufgaben stärker
 1331 wahrnehmen und den Wettbewerb der Länder annehmen. Dazu gehören auch die
 1332 Möglichkeit der Regionalisierung von Steuern und ein fairer Länderfinanzausgleich.
 1333 Leistung darf nicht bestraft, Haushaltsdisziplin muss belohnt werden.
- 1334 **Zum starken Staat gehört solides Haushalten.** Ein Staat, der dauerhaft über seine Ver-
 1335 hältnisse lebt, gefährdet seine Handlungsfähigkeit. Er vergisst seine Verantwortung
 1336 für die kommenden Generationen. Ungezügelter Verschuldung lehnen wir ab. Wir ma-
 1337 chen Bayern schuldenfrei. Der Staat muss mit dem auskommen, was er hat. Dazu be-
 1338 grenzen wir den Staat bei Einnahmen, Ausgaben und Aufgaben. Wir wollen die Staats-
 1339 quote nicht erhöhen. Solide Staatsfinanzen sind dauerhaft nur zu erreichen, wenn der
 1340 Staat nicht mit immer neuen Aufgaben überfrachtet wird.
- 1341 **Der Staat muss sich auf seine Kernaufgaben konzentrieren.** Ein Staat, der immer neue
 1342 Aufgaben an sich zieht, droht sich selbst zu lähmen. Der Staat soll mehr Kraft für seine
 1343 Kernaufgaben aufwenden und dadurch handlungsfähiger werden. Außerhalb der
 1344 Kernaufgaben soll der Staat wirksam steuern und weniger selbst handeln.

1345

- **Vertrauen durch Beteiligung: Bürger und Staat auf Augenhöhe!**

1346

1347

1348

1349

1350

Beteiligung schafft Vertrauen. Wir denken den Staat vom Bürger her. Wir wollen, dass die Menschen ihre Kompetenz und ihren Sachverstand einbringen. Der Staat lebt von der Zustimmung seiner Bürger. Im Zusammenwirken in der Verantwortungsgemeinschaft von Bürger und Staat werden Betroffene zu Beteiligten. Wir wollen mit den Bürgern auf Augenhöhe Politik gestalten. Für uns gilt: Zuhören – Nachdenken – Entscheiden.

1351

1352

1353

1354

1355

1356

1357

Die Koalition mit dem Bürger schafft Akzeptanz. Bürgernahe Politik tritt mit den Bürgern nicht nur zu Beginn und zum Ende der Legislaturperiode in Kontakt, um die Legitimation für die nächsten Jahre zu erlangen. Bürgernahe Politik sucht beständig den Kontakt zu den Bürgern und bindet sie durchgängig im politischen Prozess ein. Wir wollen alle einbinden: durch nachvollziehbare Information, rationale Argumentation, offene Kommunikation, ehrlichen Dialog mit Betroffenen und fairen Interessenausgleich. Gute Politik erklärt Entscheidungen anstatt sie als alternativlos darzustellen.

1358

1359

1360

1361

1362

1363

1364

1365

Bürgerbeteiligung stabilisiert das politische System. Wir wollen keine Dagegen-Gesellschaft, sondern eine Dafür-Demokratie. Bürgerbeteiligung schafft zusätzliche Legitimität und macht Demokratie erlebbar. Politik muss offen sein, den kollektiven Sachverstand der Bürgerschaft frühestmöglich mit einzubinden. Nicht auf die Entscheidung, sondern auf die fortwährende Beteiligung kommt es an. Bayern ist das Land der Volks- und Bürgerentscheide. Nirgends sonst in Deutschland gibt es so viele direkt-demokratische Entscheidungen wie in Bayern. Direkt-demokratische Instrumente bereichern und ergänzen die parlamentarische Demokratie. Sie haben befriedende Wirkung.

1366

1367

1368

1369

1370

1371

1372

1373

1374

1375

1376

Grundlegende Entscheidungen sind Sache des Parlaments und des Volkes. Mit Stolz können wir auf eine jahrzehntelang gefestigte parlamentarische Tradition zurückblicken. Unser Land zählt zu den stabilsten Demokratien der Welt. In den Parlamenten wird erfolgreich der politische Ausgleich organisiert. Wir wollen die Parlamente gegenüber der Exekutive stärken. Die CSU möchte künftig auch im Bund das Volk bei grundlegenden Fragen für Land und Menschen direkt beteiligen. Insbesondere bei nicht zu revidierenden Weichenstellungen und bei europäischen Fragen von besonderer Tragweite soll die Bevölkerung in Abstimmungen entscheiden. Wir wollen, dass das Grundgesetz durch das deutsche Volk auch auf dem Weg von Volksbegehren und Volksentscheid mit Zweidrittel-Mehrheit geändert werden kann. Der Wesenskern der Verfassung, der Grundrechte und der föderalen Ordnung sind davon ausgenommen.

1377

1378

1379

1380

1381

1382

1383

1384

1385

Der moderne Staat ist Dienstleister für seine Bürger. In einer bürgerfreundlichen und modernen Verwaltung ergänzen sich persönliche Kontakte und die Möglichkeiten des E-Government sinnvoll. Moderne Verwaltung soll Verfahren aus dem Leben der Menschen heraus denken und vereinfachen. Moderne Verwaltung verlagert nicht Bürokratie ins Internet, sondern vereinfacht den Alltag für die Menschen. Wir brauchen nicht immer mehr Regulierung, sondern eine konsequente Entbürokratisierung. Staatliche Verfahren müssen die Lebenslagen der Menschen in den Blick nehmen. Wir setzen auf den mündigen Bürger. Wir wollen einen Staat, der auf Motivation statt auf Bevormundung setzt. Wo immer es geht, wollen wir Anreize statt Verbote.

1386

1387

1388

1389

1390

1391

1392

1393

1394

Wir wertschätzen den Staatsdienst. Wer sich als Beamter, Arbeitnehmer oder Richter in den Dienst des Staates stellt, dient der Allgemeinheit. Unseren Staatsdienern gebühren Respekt und Anerkennung für ihren Einsatz und ihre Leistungen. Der öffentliche Dienst trägt maßgeblich zum Erhalt der staatlichen Ordnung und Erfüllung staatlicher Aufgaben bei. Er muss attraktiv sein, damit der Staat auch im Wettbewerb um die besten Köpfe bestehen kann. Wir bekennen uns zum Berufsbeamtentum und seinen Grundsätzen. Auch alle ehrenamtlich aktiven Bürger in den Kommunen verrichten Dienst am Gemeinwesen. Dieses Engagement ist tragende Säule der Gemeinschaft und verdient besonderen Dank.

- 1395
- **Vertrauen durch Öffentlichkeit: Freie Meinungsbildung!**

1396 *Demokratie lebt vom Wettstreit von Meinungen und Ideen. Im öffentlichen Diskurs werden Argumente ausgetauscht und findet Meinungsbildung statt. Wir wollen die Meinungsvielfalt sichern, um die Demokratie zu stärken. Der Staat muss eine offene, anspruchsvolle und effiziente Rundfunk- und Medienordnung gewährleisten.*

1397

1398

1399

1400 **Demokratie braucht Öffentlichkeit.** Die CSU tritt für die offene Gesellschaft ein. Das bessere Argument muss zählen. Wir wehren uns dagegen, dass Vielfalt durch unausgewogene Berichterstattung und verordnete Meinungen gefährdet wird. Wir sind überzeugt, dass Pluralismus statt Konformismus das Rezept für demokratischen Diskurs ist.

1401

1402

1403

1404 **Meinungsvielfalt ist mehr als Informationsvielfalt.** Die informierte Gesellschaft ist nicht automatisch eine wissende Gesellschaft. Ein Mehr an Information bedeutet nicht zwingend ein Plus an Qualität und Meinung. Wir brauchen vielfaltssichernde Vorgaben für große Plattformanbieter im Internet. Globale Medienanbieter im Internet sollen einen Zugang für europäische, nationale und regionale Inhalte bereitstellen. Suchmaschinen und soziale Netzwerke müssen gegenüber Aufsichtsbehörden ihre Algorithmen offenlegen. Anbieter haben zu gewährleisten, dass eigene Angebote nicht bevorzugt und Meinungen nicht gewichtet werden. Sie sind in der Pflicht, gegen automatisierte Meinungsmache und Hasskommentare vorzugehen und sie zu unterbinden.

1405

1406

1407

1408

1409

1410

1411

1412

1413 **Meinungsvielfalt braucht Medienvielfalt.** Das öffentlich-rechtliche Medienangebot ist in der veränderten Medienlandschaft unverändert wichtig. Es muss auch auf neuen Auspielwegen im Internet und für neue Zielgruppen relevant sein und Aufmerksamkeit finden. Der öffentlich-rechtliche Rundfunk soll sich auf seine Kernaufgaben rückbesinnen. Dadurch kann er Relevanz zurückgewinnen. Wir wollen eine vorurteilsfreie Diskussion über die Neuordnung der öffentlich-rechtlichen Rundfunklandschaft in Deutschland. Wir streben langfristig die Zusammenlegung von ARD und ZDF unter einem Dach an: Kostspielige Doppelstrukturen sollen beseitigt werden, die Programmvietfalt erhalten bleiben. Bei der Gestaltung der Programme muss die Rolle der vielfältigen und leistungsfähigen deutschen Produktionslandschaft angemessen berücksichtigt werden. Wir treten für gesunden Wettbewerb und auskömmliches Nebeneinander öffentlich-rechtlicher und privater Medien ein. Die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen privater Medien müssen so sein, dass sie sich im Wettbewerb behaupten können.

1414

1415

1416

1417

1418

1419

1420

1421

1422

1423

1424

1425

1426 **Umgang mit Vielfalt benötigt Medienkompetenz.** Medienkompetenz ist Grundvoraussetzung für soziale, berufliche und gesellschaftliche Teilhabe. Sie muss befähigen, mit einer wachsenden Menge an Informationen differenziert umzugehen und selbst in angemessener Form zu kommunizieren. Wir wollen keine digitale Spaltung der Gesellschaft. Alle Generationen sollen befähigt werden, am digitalen Zeitalter teilzuhaben. Mediennutzung betrifft alle Alters- und Bevölkerungsgruppen. Für Menschen mit Behinderungen setzt Teilhabe auch den Zugang zu barrierefreien Angeboten voraus.

1427

1428

1429

1430

1431

1432

1433 **Aus der Freiheit von Presse und Medien erwächst Verantwortung.** Der Auftrag des Journalisten ist an die Grundwerte der Verfassung gebunden. Religiöse Empfindungen und Symbole sind zu respektieren. Durch den digitalen Wandel und vielseitige Informationsangebote ergeben sich neue Herausforderungen für den Journalismus. Umso wichtiger ist ein verantwortungsvoller Umgang mit der Informationsversorgung der Bevölkerung, der sich der wahrheitsgemäßen und qualitativen Berichterstattung verschreibt. Die Pressefreiheit verpflichtet dazu, die Sachverhalte sorgsam zu bewerten und mit der gebotenen Neutralität einzuordnen. In den sozialen Netzwerken ist jeder gefordert, auf einen angemessenen und respektvollen Umgang zu achten.

1434

1435

1436

1437

1438

1439

1440

1441

1442 4. Friedens- und Sicherheitsordnung: stabil und handlungsfähig!

1443 *Bis vor wenigen Jahren schien die Welt noch in Ordnung: Mit dem Ende des Kalten Krieges*
 1444 *konnten wir die Deutsche Einheit vollenden und die Spaltung unseres Kontinents über-*
 1445 *winden. Der Sieg von Demokratie und Marktwirtschaft ließ auf Frieden und Wohlstand*
 1446 *in der Welt hoffen. Heute sehen wir: Die Welt ist in neuer Unordnung. Konflikte entstehen*
 1447 *schnell und breiten sich aus, Staaten zerfallen, Stabilität und Sicherheit schwinden. Auf*
 1448 *Stabilität und neue Handlungsfähigkeit kommt es an.*

1449 **Die Bedrohungsszenarien für Staaten haben sich mit hoher Dynamik gewandelt.** Ter-
 1450 rororganisationen und kriminelle Netzwerke destabilisieren im Nahen Osten und in
 1451 Afrika ganze Staaten. Asymmetrische Bedrohungen, Cyber-Attacken und neue Kon-
 1452 fliktformen wie hybride Kriege fordern etablierte Verteidigungsstrukturen heraus. Des-
 1453 halb braucht es eine neue Sicherheitskonzeption.

1454 **Bevölkerungsexplosion und Klimawandel sind eine Gefahr für den Frieden.** Ihre Aus-
 1455 wirkungen führen zur Verknappung von Ressourcen und machen Länder und Regionen
 1456 instabil. Die Folgen sind Migration, Flucht und Vertreibung von Millionen Menschen.
 1457 Notwendige Hilfe muss vorausschauend ansetzen. Die Bekämpfung von Fluchtursa-
 1458 chen schafft die Grundlage für neue Stabilität und Sicherheit.

1459 **Es gibt eine Globalisierung von Krisen.** Geografische Distanzen sind angesichts der
 1460 weltweiten Vernetzung zunehmend keine Barriere mehr. Entfernt scheinende Ent-
 1461 wicklungen haben unmittelbare und mittelbare Auswirkungen auf Europa, Deutsch-
 1462 land und Bayern. Wir spüren ihre Folgen als gewaltige Migrationsbewegungen oder
 1463 gar in Form von Gewalt und Terror. Wegschauen kann keine Option sein. Wo nötig,
 1464 müssen wir uns einmischen.

1465 **Die westliche Wertegemeinschaft wird herausgefordert.** Extremisten und Islamisten,
 1466 Autokratien und Diktaturen definieren sich über den Kampf gegen unsere Werteord-
 1467 nung. Sie missachten allgemeine Grundsätze des Völkerrechts wie die universelle Gel-
 1468 tung der Menschenrechte oder das Selbstbestimmungsrecht der Völker. Wenn Freiheit
 1469 und Demokratie herausgefordert werden, muss die westliche Wertegemeinschaft
 1470 wehrhaft sein.

1471 **Europa droht an den Rand gedrängt zu werden.** Neue politische Akteure aus anderen
 1472 Regionen treten auf die weltpolitische Bühne. In diesem globalen Wettbewerb muss
 1473 sich Europa behaupten. Europa muss seine Handlungsfähigkeit – gerade auch in der
 1474 Außen- und Sicherheitspolitik – stärken. Dabei geht es schlicht um die Selbstbehauptung
 1475 Europas.

1476

Partnerschaftliche Sicherheit | Was unser Leitbild ist

1477

1478

1479

1480

1481

1482

1483

Wir stehen für eine Ordnung, die Frieden, Freiheit und Sicherheit in Europa und der Welt befördert. Seit Jahrzehnten ist Deutschland ein starker und verlässlicher Partner in internationalen Bündnissen. Unser Grundgesetz, die universellen Werte des Völkerrechts und das westliche Verteidigungsbündnis bilden den Rahmen. Auch künftig wird die CSU zu einer verantwortungsvollen internationalen Politik beitragen und Deutschlands Rolle in der Welt aktiv mitgestalten. Sicherheit und Stabilität in Partnerschaft: Das leitet uns auch künftig.

1484

1485

1486

1487

1488

1489

1490

Wir bekennen uns zur deutschen Nation und zu unserer Staatsräson. Das deutsche Volk strebt nach einem Leben in Frieden, Freiheit und Wohlstand. Unsere Verpflichtung ist die Wahrung und Vertretung der Interessen des deutschen Volkes. Im Bewusstsein unserer Geschichte und in Verantwortung für die Weltgemeinschaft bekennen wir uns zur Bündnissolidarität, zur Westbindung, zur europäischen Einigung sowie zu den Zielen der Vereinten Nationen. Das Existenzrecht Israels gehört für uns zur deutschen Staatsräson.

1491

1492

1493

1494

1495

1496

1497

1498

1499

Wir setzen auf eine Außenpolitik, die deutsche Interessen formuliert und durchsetzt. Deutschland ist eine selbstbewusste Nation, die auf Augenhöhe mit anderen Staaten handelt. Wir müssen unsere nationalen Interessen ebenso selbstverständlich formulieren, wie es andere Staaten tun. Dazu sind wir zum Wohle unserer Bürger verpflichtet. Außenpolitik muss auch wirtschaftliche Interessen sichern und Versorgungssicherheit gewährleisten. Freier und fairer Handel, Zugang zu Rohstoffen und eine sichere Energieversorgung sind im deutschen Interesse. Unser Beitrag zu Sicherheit und Stabilität in der Welt entspricht unseren Wertvorstellungen und nutzt uns gleichzeitig als Exportnation. Unsere Außenpolitik muss Deutschlands Rolle in der Welt stärken.

1500

1501

1502

1503

1504

1505

1506

1507

Wir stehen zur Bundeswehr, die uns Frieden und Freiheit sichert. Die CSU ist die Partei der Bundeswehr. Wir setzen uns für die ein, die unserem Land dienen. Unsere Soldaten riskieren im Einsatz für unser Land nicht selten Gesundheit oder Leben. Das verdient höchsten öffentlichen Respekt. Wir wollen weiterhin „Staatsbürger in Uniform“ und eine sichtbare Bundeswehr im öffentlichen Leben. Die Bundeswehr ist eine Parlamentsarmee im Einsatz. Über den bewaffneten Einsatz der Bundeswehr entscheidet der Deutsche Bundestag. Ausnahmen kann es nur in besonders dringenden und eiligen Fällen geben.

1508

1509

1510

1511

1512

1513

1514

1515

1516

1517

1518

1519

1520

Wir stehen zur europäischen Idee von Frieden, Freiheit und Wohlstand in Vielfalt. Die europäische Einigung ist die bedeutendste politische Idee und der größte Stabilitätsbeitrag des 20. Jahrhunderts. Auf Grundlage der deutsch-französischen Freundschaft entstand die größte Friedens-, Werte- und Wirtschaftsgemeinschaft, die es jemals in Europa gegeben hat. Völkerverständigung, kultureller Austausch und die gemeinsame Wirtschafts- und Währungsunion sind historische Errungenschaften. Sie sind aus unserem Alltag nicht mehr wegzudenken. Die CSU steht uneingeschränkt zur europäischen Idee. Wir wollen, dass Europa zu dieser Ursprungsidee zurückkehrt. Europa soll sich auf die großen Zukunftsfragen konzentrieren. Die Einheit in der Vielfalt ist Europas Stärke, Europas Besonderheit und Europas kreativer Antrieb. Für die CSU gehören bayerische Heimatliebe, deutscher Patriotismus und europäische Identität zusammen. Die Menschen in Europa sollen sich als Europäer fühlen, ohne ihre Nationalität ablegen zu müssen. Wir sind zugleich Bayern, Deutsche und Europäer.

1521

1522

1523

1524

Wir bekennen uns zur transatlantischen Partnerschaft als Stabilitätsbündnis. Uns verbindet eine historisch gewachsene und verlässliche Freundschaft mit den Vereinigten Staaten von Amerika. Deutschland und die USA teilen gemeinsame Erfahrungen, Werte und Interessen. Wir wollen die transatlantischen Beziehungen wieder intensi-

- 1525 vieren und aus Bayern heraus neu beleben. Wir wissen, dass die transatlantische Part-
1526 nerschaft allein nicht ausreicht für eine neue Stabilitätsordnung. Aber wir wissen auch,
1527 dass sie ohne diese Partnerschaft nicht zu erreichen ist.
- 1528 **Wir stehen fest in der Wertebasis der westlichen Welt.** Freiheit, Demokratie und
1529 Rechtsstaatlichkeit bilden die Grundlage jeder offenen Gesellschaft. Deutsche Außen-
1530 politik darf nicht schweigen, wenn diese Werte in Gefahr sind. Im Gegenteil: Die Ein-
1531 haltung der universellen Menschenrechte, die Durchsetzung des demokratischen
1532 Mehrheitswillens, der Schutz von Minderheiten, das Gebot von Rechtsstaatlichkeit
1533 und gute Regierungsführung sind globale Stabilitätsgrundlagen. Sie gilt es zu fördern.
1534 Die CSU steht uneingeschränkt auf der Seite der Freiheit und des Westens. Wir werden
1535 nicht zurückweichen, wenn Angriffe auf unsere freie Welt erfolgen. Wir stehen gemein-
1536 sam und solidarisch zusammen. Deutsche Sonderwege lehnen wir genauso ab wie
1537 neues Blockdenken.
- 1538 **Wir stehen an der Seite des Völkerrechts.** Die Achtung und Durchsetzung des Völker-
1539 rechts trägt zu Stabilität und Sicherheit bei. Statt der Herrschaft des Stärkeren setzen
1540 wir uns auch international für die Herrschaft des Rechts ein. Die Bedeutung regionaler
1541 Machtzentren außerhalb Europas wächst. Umso mehr müssen wir Interesse an der
1542 Durchsetzung allgemein verbindlicher Regeln haben. Die Maßstäbe des internationa-
1543 len Völkerrechts sind für uns nicht verhandelbar. Gemeinsam mit unseren Partnern
1544 arbeiten wir an einer regelbasierten Weltordnung.
- 1545 **Wir setzen auf gute Nachbarschaft.** Bayern liegt im Herzen Europas. Auf gute Bezie-
1546 hungen zu unseren unmittelbaren europäischen Nachbarn legen wir besonderen Wert.
1547 Unsere Außenpolitik nimmt alle Partner ernst, unabhängig von ihrer Größe. Bayern
1548 wird sein internationales und europäisches Engagement auf politischer, wirtschaftli-
1549 cher und kultureller Ebene verstärken. Wir bauen die Beziehung zu unseren bestehen-
1550 den Partnerregionen und neuen Zukunftsregionen weiter aus. Bayern ist Motor der
1551 fortschreitenden Integration Mittel- und Osteuropas. Dafür sorgt die bayerische Mittel-
1552 und Osteuropa-Strategie. Die Versöhnung mit Tschechien, die am Ende eines langen
1553 Prozesses steht, ist beispielhaft. Wir unterstützen die deutschen Minderheiten in den
1554 östlichen Nachbarstaaten, ihre kulturelle Identität und ihre Muttersprache zu erhalten.

- 1555 **Neue Handlungsfähigkeit | Worauf es in Zukunft ankommt**
- 1556 *Die großen Herausforderungen unserer Zeit bedürfen neuer Handlungsfähigkeit. Eine iso-*
 1557 *lierte Außen- und Sicherheitspolitik kann es in der vernetzten Welt nicht geben. Aber*
 1558 *Deutschland muss einen eigenen Beitrag liefern. Deutschland trägt bei der Gestaltung*
 1559 *der künftigen Friedens- und Sicherheitsordnung besondere Verantwortung. Wir wollen,*
 1560 *dass Deutschland diese neue Verantwortung annimmt und wahrnimmt. So können wir*
 1561 *unseren Werten wie Freiheit, Demokratie und Sicherheit weltweite Geltung verschaffen.*
- 1562 • **Handlungsfähigkeit durch Bereitschaft: Neue deutsche Verantwortung!**
- 1563 *Handlungsfähigkeit beginnt mit der eigenen Bereitschaft zur Übernahme von Verantwor-*
 1564 *tung. Dafür brauchen wir alle Instrumente unserer Außen-, Verteidigungs- und Entwick-*
 1565 *lungspolitik. Wir wollen, dass sich Deutschland engagiert: entsprechend seinem Gewicht,*
 1566 *mit neuem Anspruch und gemäß den gewachsenen Erwartungen. Das schließt die Über-*
 1567 *nahme von Führung in Allianzen und Partnerschaften mit ein.*
- 1568 **Deutschland muss neue Verantwortung übernehmen.** Die Zusammenarbeit in der Euro-
 1569 päischen Union, die transatlantische Partnerschaft und das Streben nach internationaler
 1570 Kooperation bilden den Dreiklang deutscher Außenpolitik. Es ist Deutschlands Verantwor-
 1571 tung, international Handlungsfähigkeit herzustellen und zu Stabilität beizutragen. Dazu
 1572 muss Deutschland sein außenpolitisches Gewicht, seine wirtschaftliche Kraft, seine ent-
 1573 wicklungspolitischen Möglichkeiten und seine militärischen Fähigkeiten einsetzen.
- 1574 **Neue Verantwortung heißt neue politische Konzeption.** Die Wahrnehmung deutscher
 1575 Interessen erfordert eine alle Ressorts vernetzende, verbindliche Gesamtkonzeption
 1576 der Außen-, Sicherheits- und Entwicklungspolitik. Ein Nationaler Sicherheitsrat kann
 1577 die ressortübergreifende Zusammenarbeit und Analysefähigkeit weiter verstärken.
- 1578 **Neue Aufgaben erfordern neue Fähigkeiten für die Bundeswehr.** Deutschland ist ein
 1579 verlässlicher Bündnispartner und trägt zur Sicherheit seiner Verbündeten bei. Die Bun-
 1580 deswehr muss agil, flexibel, kurzfristig und wirksam auf Herausforderungen reagieren
 1581 können. Die Verteidigungsfähigkeit unseres Landes sicherzustellen, ist die zentrale
 1582 Aufgabe der Bundeswehr. Sie benötigt ein umfassendes Fähigkeitsspektrum, um alle
 1583 Einsatzaufgaben wie zum Beispiel Stabilisierungseinsätze, Terrorbekämpfung oder
 1584 Abwehr von Cyber-Attacken erfolgreich meistern zu können.
- 1585 **Eine Armee im Einsatz benötigt eine langfristig stabile Finanzierung.** Die sicherheits-
 1586 politische Lage und die Einsatzanforderungen an die Bundeswehr können sich inner-
 1587 halb kürzester Zeit verändern. Fortwährende Handlungsfähigkeit erfordert eine hoch-
 1588 qualifizierte Ausbildung und eine strukturgerechte Ausrüstung auf modernstem Stand.
 1589 Das trägt auch wesentlich zur Attraktivität des Dienstes bei.
- 1590 **Die Wehrpflicht soll weiter im Grundgesetz verankert bleiben.** Sie ist unabdingbar,
 1591 um die Verteidigungsfähigkeit Deutschlands im Ernstfall sicherzustellen. Sollte sich
 1592 die Sicherheitslage erkennbar verschlechtern oder die Bundeswehr ihre Aufgaben an-
 1593 anders nicht mehr erfüllen können, muss die Wehrpflicht zur Landes- und Bündnisvertei-
 1594 digung wieder aktiviert werden.
- 1595 **Die Arbeit der Nachrichtendienste ist unverzichtbar.** Entscheidungen in der Sicher-
 1596 heits- und Außenpolitik sowie zur Terrorabwehr erfordern ein umfassendes Lagebild.
 1597 Die Nachrichtendienste leisten dazu im Verbund mit internationalen Partnern einen
 1598 unverzichtbaren Beitrag. Viele Mitarbeiter gehen im Dienst für unser Land hohe per-
 1599 sönliche Risiken ein. Sie verdienen dafür unseren Respekt und unsere Anerkennung.
- 1600 **Wir stehen zu einer leistungsfähigen Sicherheits- und Verteidigungsindustrie.** Große
 1601 Entwicklungs- und Beschaffungsvorhaben sind nur durch enge europäische Koopera-
 1602 tionen realisierbar. Sie stellen die gemeinsame Einsatzfähigkeit und die notwenige

1603 Modernisierung der Streitkräfte sicher. Eine starke deutsche Sicherheits- und Verteidigungsindustrie leistet dazu einen verlässlichen Beitrag. Die eigenständige Systemfähigkeit der deutschen Wehrtechnik muss erhalten und weiterentwickelt werden. Bei ausgewählten Schlüsseltechnologien legen wir Wert auf nationale Souveränität und Unabhängigkeit. Ein verantwortungsvoller Umgang mit Rüstungsexporten unterstützt die Außenpolitik bei der Stabilisierung strategischer Partner und vertieft die Beziehungen zu unseren Verbündeten.

1610 • **Handlungsfähigkeit durch Gemeinschaft: Selbstbehauptung Europas!**

1611 *Europa dient unseren elementaren nationalen Interessen. Wirtschaftliche Stärke, sichere Arbeitsplätze, die Bewältigung neuer Bedrohungslagen und der Einfluss in der Staatengemeinschaft können nur mit Europa verwirklicht werden. Wir brauchen nicht mehr, aber ein besseres Europa: zur Sicherung von Frieden und Freiheit, unseres Wohlstandes und unserer Zukunftschancen.*

1616 **Europa ist und bleibt eine Wertegemeinschaft.** Im Bewusstsein seines geistig-religiösen und kulturellen Erbes gründet sich Europa auf der Achtung der Menschenwürde, von Frieden und Freiheit, Demokratie, Gleichheit, Rechtsstaatlichkeit und der Wahrung der Menschenrechte. Eine Ausdehnung der Europäischen Union über die Grenzen des Kontinents und den christlich-abendländischen Kulturkreis hinaus würde Europa als Wertegemeinschaft überfordern. Es sollen nur Staaten aufgenommen werden, die die Rechtsstaatlichkeit und alle übrigen festgelegten Beitrittskriterien erfüllen sowie geographisch vollständig in Europa liegen. Für alle anderen Staaten soll es besondere Formen der Partnerschaft geben. Einen politischen Rabatt oder falsche Hoffnungen auf eine Vollmitgliedschaft darf es nicht geben: Die Türkei kann nicht Vollmitglied der Europäischen Union werden.

1626 **Europa braucht Belebung als Interessengemeinschaft.** Wir wollen, dass die europäische Idee neuen Zuspruch aus innerer Überzeugung findet. Das geht nur, wenn sich Europa stärker an den Interessen der Menschen ausrichtet. Europa muss den Interessen der Bürger, Regionen und Mitgliedstaaten genügen, nicht umgekehrt. Wir brauchen ein besseres Europa, damit wir unsere Interessen global effektiv durchsetzen können. Regionale, nationale und europäische Interessen dürfen keine Gegensätze sein.

1632 **Europa muss eine Sicherheits- und Verteidigungsgemeinschaft sein.** Sich im Ernstfall selbst verteidigen zu können, trägt zur Stabilität von Nachbarn und Partnern bei. Europa braucht eine wirksame gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik. Daneben bedarf es einer starken Mitwirkung in der OSZE und in anderen internationalen Organisationen. Das Zusammenwirken der Streitkräfte in einem starken europäischen Verteidigungsverbund wollen wir ausbauen. Wir unterstützen das Konzept, militärische Fähigkeiten in Europa gemeinsam zu planen, zu beschaffen und bereitzustellen. Der Gedanke einer „europäischen Armee“ hat zum Ziel, gemeinsam verteidigungsfähig zu sein.

1640 **Europa muss sich als Wirtschaftsgemeinschaft behaupten.** Die globalen Megatrends erfordern europäische Antworten. Innovations- und Wirtschaftsstärke ist heute ebenso entscheidend wie politische und militärische Handlungsfähigkeit. Europa muss zu einer Innovationsunion werden und mehr in die Zukunft investieren. Es braucht technologische Leitprojekte, die Europas Rolle in der Welt stärken. Europa muss globale Leitregion sein für wirtschaftlichen Fortschritt und nachhaltige Entwicklung.

1646 **Europa benötigt Kraft und Akzeptanz für seine Kernaufgaben.** Wir brauchen ein stärkeres Europa im Großen und ein freiheitlicheres Europa im Kleinen. Die CSU will ein Europa, das sich auf die großen Fragen unserer Zeit konzentriert. Europa soll dort stärker zusammenstehen, wo es unerlässlich ist. Dazu gehört insbesondere der Schutz vor Terror und äußeren Bedrohungen. Ein Europa der Vielfalt und Flexibilität bietet Raum für neue Handlungsfähigkeit, ohne einzelnen Ländern Entscheidungen aufzuzwingen.

- 1652 Bei der Ausgestaltung der Lebensverhältnisse braucht es mehr regionale und nationale Spielräume. Wir treten für die nachdrückliche Stärkung der nationalen Parlamente bei europäischen Entscheidungen ein. Das verstärkt die Bürgernähe und die Diskussion von europäischen Belangen auf nationaler Ebene.
- 1653
- 1654
- 1655
- 1656 **Europa braucht einen Neustart.** Es ist an der Zeit, Demokratie, Föderalismus und Subsidiarität in Europa neu zu beleben. Wir brauchen eine Qualitätsoffensive für die Europäische Union. Europa muss effektiver werden: Wir wollen eine Überprüfung der Kompetenzverteilung zwischen Europa, den Nationalstaaten und den Regionen. Das stärkt die Handlungsfähigkeit aller. Kompetenzen sollen in Ausnahmesituationen vorübergehend und einfach zurückgeholt werden können. Das gilt besonders im Bereich der Sicherheit und Ordnung. Europa muss demokratischer werden: Wir wollen in Europa mehr parlamentarische Gestaltung und weniger bürokratische Verwaltung. Wir unterstützen das Initiativrecht für das Europäische Parlament: Nicht die Verwaltung, sondern die Politik muss Entscheidungen treffen und die Verantwortung tragen. Europa muss verlässlicher werden: Wir bestehen auf der strikten Einhaltung der Verträge, insbesondere des Stabilitäts- und Wachstumspaktes. Europa hat nur als Stabilitätsunion Zukunft, nicht als Schuldenunion. Europa muss erlebbarer werden: Wir wollen ein Europa der Bürger, nicht der Bürokraten. Europa verbindet Menschen – durch verstärkten Jugend- und Bildungsaustausch, durch zahlreiche Städtepartnerschaften oder auch durch gemeinsame Kulturereignisse.
- 1666
- 1667
- 1668
- 1669
- 1670
- 1671 **Europa ist ein Ort des Miteinanders, nicht der Hegemonie.** Europa ist stark, wenn es auf die kleinen Länder genauso achtet wie auf die großen. Das trägt in besonderer Weise zum europäischen Miteinander bei. Auch Deutschland muss allen Staaten Europas auf Augenhöhe begegnen. Unsere geographische Lage und unsere Geschichte sind für uns Chance und Verpflichtung zugleich. Gleichberechtigt wollen wir mit unseren Partnern zusammenarbeiten und die Aussöhnung Deutschlands mit seinen östlichen Nachbarn auf dem Fundament des Völkerrechts und der Menschenrechte vollenden.
- 1672
- 1673
- 1674
- 1675
- 1676
- 1677
- 1678 • **Handlungsfähigkeit durch Partnerschaften: Verlässliche Sicherheit!**
- 1679 *Echte Handlungsfähigkeit gibt es nur in verlässlichen Partnerschaften. Wir bauen auf starke Partner. Neuen Bedrohungen begegnen wir gemeinsam: mit Einsatz für Stabilität, universellen Werten und globaler Verantwortung.*
- 1680
- 1681
- 1682 **Die Vereinten Nationen müssen gestärkt werden.** Sie sind die universelle Einrichtung zur Friedenssicherung und zum Schutz der Menschenrechte. Die Welt braucht eine handlungsfähigere UNO. Sie muss die Aufgaben von Konfliktprävention und Stabilität besser und effektiver erfüllen.
- 1683
- 1684
- 1685
- 1686 **Die NATO ist und bleibt unverzichtbar.** Unsere Verankerung im westlichen Bündnis hat uns über Jahrzehnte Sicherheit und Freiheit garantiert. Die NATO ist auch künftig die international wichtigste Organisation für Verteidigung und Sicherheit. Sie bleibt notwendiger Bestandteil der europäischen und transatlantischen Sicherheitsarchitektur. Für Deutschland kann es keine globale Sicherheitspartnerschaft ohne NATO geben. Die NATO muss sich noch mehr in die globale Sicherheitsarchitektur einbringen. Es gilt, die Zusammenarbeit mit anderen Staaten und der Europäischen Union weiterzuentwickeln. Die NATO darf sich nicht als Zweckgemeinschaft verstehen. Vielmehr muss sie ihr Gründungsverständnis als wehrhafte militärische Wertegemeinschaft schärfen. Die NATO ist der starke und entschlossene Schutzschild der freiheitlich-demokratischen Welt.
- 1691
- 1692
- 1693
- 1694
- 1695
- 1696 **Neue Bedrohungslagen brauchen neue Strategien.** Die Verteidigungs- und Handlungsfähigkeit der NATO hat nur Bestand, wenn sie auf neue Bedrohungslagen angemessen reagieren kann. Die NATO-Mitgliedsstaaten müssen sich in Rüstung, Forschung und Technologie den aktuellen Herausforderungen anpassen. Lasten sollen untereinander gerechter aufgeteilt und Mittel durch stärkere Kooperationen effizienter eingesetzt werden.
- 1697
- 1698
- 1699
- 1700

- 1701 **Vielfältige Herausforderungen benötigen vielfältige Beziehungen.** Heutigen Herausforderungen kann nicht allein, sondern nur in Partnerschaft mit vielen begegnet werden.
- 1702
- 1703 Wichtige Probleme lassen sich nachhaltig nur mit und nicht gegen global bedeutende
- 1704 Länder wie Russland, China oder Indien lösen. Wir treten für eine dauerhafte Partner-
- 1705 schaft und eine stärkere Einbindung dieser Länder in internationale Strukturen ein. Dort,
- 1706 wo dies nicht möglich ist, sollte zumindest der Gesprächsfaden nicht abreißen. Unsere
- 1707 Grundwerte werden wir dabei nicht relativieren, sondern mit Festigkeit vertreten. Im
- 1708 Verhältnis zu Russland kommt Deutschland eine besondere Rolle als Brückenbauer zu.
- 1709
- **Handlungsfähigkeit durch Stabilisierung: Prävention statt Krisen!**
- 1710 *Der beste Schutz vor Krisen ist Prävention. Wir schaffen Handlungsfähigkeit durch eine*
- 1711 *vorbeugende Sicherheits- und Entwicklungspolitik: Stabilität in der Welt gelingt durch*
- 1712 *Bündelung aller Kräfte und effiziente Zusammenarbeit. Die Krisenbekämpfung muss viel*
- 1713 *früher ansetzen als bisher.*
- 1714 **Destabilisierung durch Terrorismus muss verhindert werden.** Terrorismus kann ganze
- 1715 Regionen destabilisieren und dauerhaft verwüsten. Die Bekämpfung des internationa-
- 1716 len Terrorismus ist eine zentrale Aufgabe unserer Zeit. Der radikale Islamismus ist der
- 1717 dominanteste Nährboden für Terrorismus. Terroristische Angriffe richten sich gegen
- 1718 unsere Freiheitswerte, gegen unsere Kultur und gegen unsere Lebensart. Wir sind ent-
- 1719 schlossen, den Kampf gegen jede Form von Terrorismus aufzunehmen. Wir werden
- 1720 alle rechtsstaatlichen Mittel einsetzen, um unsere Bevölkerung und unsere Werte zu
- 1721 verteidigen. Dafür streben wir internationale Koalitionen an.
- 1722 **Stabilisierung beginnt mit dem Erhalt von Staatlichkeit.** Wir müssen viel früher und
- 1723 intensiver mit der Krisenprävention beginnen. Der Zerfall rechtsstaatlicher Ordnung
- 1724 und demokratischer Strukturen muss frühzeitig erkannt und verhindert werden. Un-
- 1725 terschiedlichen Krisen und Konflikten kann nur mit einem breiten Instrumentarium
- 1726 ziviler, diplomatischer, wirtschaftlicher, entwicklungspolitischer, polizeilicher und mili-
- 1727 tärischer Mittel begegnet werden. Wenn diplomatische Lösungen nicht zum Erfolg
- 1728 führen, ist die militärische Beteiligung an internationalen Friedensmissionen erforder-
- 1729 lich. Wo nötig, müssen militärische Mittel bei zivilen Maßnahmen zum Aufbau und zur
- 1730 Stabilisierung von Regionen Sicherheit gewährleisten. Der vorbeugende Einsatz mili-
- 1731 tärischer Gewalt darf nur letztes Mittel sein, wenn alle anderen Möglichkeiten erschöpft
- 1732 sind. Zur Stabilisierung von Regionen identifizieren wir Partnerländer, die als
- 1733 Stabilitätsanker dienen können. Die CSU unterstützt nachhaltige Abrüstungs- und Rüs-
- 1734 tungskontrollmaßnahmen. Wir befürworten eine Stärkung der Arbeit internationaler
- 1735 Organisationen in diesem Bereich.
- 1736 **Dauerhafte Stabilität setzt bei der Bekämpfung der Fluchtursachen an.** Das erste Mit-
- 1737 tel gegen neue Migrationswellen ist die Möglichkeit, in der Heimat ein auskömmliches
- 1738 und friedliches Leben führen zu können. Die Entwicklungszusammenarbeit ist zentral
- 1739 für die Stabilisierung der weltweiten Ordnung. Es gilt, Not zu lindern und rechtsstaat-
- 1740 liche Strukturen zu stützen. Eigenanstrengungen sind zu fördern und zu fordern. Wir
- 1741 wollen Unternehmen dafür gewinnen, sich für Projekte der Entwicklungszusammen-
- 1742 arbeit zu engagieren. Unsere Erfolgsfaktoren sind Wissen, moderne Technologie und
- 1743 die Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft. Mit ihrem Export können wir eine global
- 1744 nachhaltige Entwicklung fördern, Armut bekämpfen und Stabilität schaffen.
- 1745 **Steuerung der Migration hilft den Heimatländern.** Es ist nicht fair, seinen Bedarf an
- 1746 Fachkräften zu Lasten ärmerer Länder zu decken. Viele der Menschen, die zu uns wol-
- 1747 len, werden in ihrer Heimat dringend gebraucht: Fachkräfte, junge Menschen, Men-
- 1748 schen mit Bildung und Berufserfahrung. Ihr dauerhafter Wegzug schwächt die Heimat-
- 1749 länder und verfestigt Perspektivlosigkeit und Instabilität. Deshalb fördern wir Chancen
- 1750 und Perspektiven in den Heimatländern.

1751 **Die zunehmende Christenverfolgung ist ein Alarmsignal.** Christen sind die weltweit
 1752 am stärksten verfolgte Religionsgemeinschaft. In vielen Ländern ist Christenfeindlich-
 1753 keit an der Tagesordnung. Durch das weltweite Erstarken des Islamismus nimmt die
 1754 Christenfeindlichkeit weiter zu. Ein christenfeindlicher Islam kann sich nicht auf die
 1755 Religionsfreiheit berufen. Die CSU wendet sich gegen eine Unkultur des Wegschauens.
 1756 Das friedliche Zusammenleben der Religionen ist ein wichtiges Ziel deutscher Außen-
 1757 politik. Deutschland muss sich weltweit für ein Ende der Christenverfolgung einsetzen.
 1758 Es kann kein Morden oder Töten im Namen einer Religion geben.

1759 • **Handlungsfähigkeit durch Begrenzung: Gemeinsame Antwort auf Migration!**

1760 *Globale Herausforderungen für Frieden und Sicherheit verlangen nach einer gemeinsa-*
 1761 *men Lösung. Immer mehr Menschen verlassen ihre Heimatländer, um anderswo eine bes-*
 1762 *essere Zukunft zu suchen. Dauerhafte Völkerwanderungen sind eine Gefahr für jede staat-*
 1763 *liche Ordnung. Wir setzen auf Steuerung und Begrenzung. Nur wer in der Lage ist, Mig-*
 1764 *ration zu kontrollieren, ist in Zukunft handlungsfähig.*

1765 **Völkerrecht muss Grenzen setzen.** Das moderne Völkerrecht hat noch keine Antwort
 1766 auf das Zeitalter der Migration. Kriegsflüchtlinge, Hungerflüchtlinge und Wirtschafts-
 1767 flüchtlinge vermischen sich zu großen Migrationsbewegungen. Flüchtlingsströme er-
 1768 reichen heute alle Teile der Welt und können in kurzer Zeit Staaten überfordern. Darauf
 1769 sind die bisherigen Regelungen im Völkerrecht nicht ausgerichtet. Wir brauchen eine
 1770 Weiterentwicklung der Grundsätze des Völkerrechts. Das Ziel muss sein, Fluchtgründe
 1771 zu bekämpfen und unabwendbare Fluchtbewegungen im lokalen Umfeld zu belassen.
 1772 Das Völkerrecht muss Staatlichkeit schützen. Staaten müssen die Hoheit darüber be-
 1773 halten, wen sie aufnehmen und wie sie nach Fluchtursachen differenzieren.

1774 **Internationale Organisationen müssen Regeln durchsetzen.** Frieden, Sicherheit und
 1775 Stabilität basieren auf der Achtung von Menschen- und Minderheitenrechten. Die inter-
 1776 nationalen Organisationen müssen Sorge für deren Einhaltung tragen. Dafür muss das
 1777 Völkerrecht an Schärfe gewinnen. Auch die Entwicklungszusammenarbeit soll sich kon-
 1778 sequent daran orientieren, inwieweit sich die betreffenden Regierungen an Vereinba-
 1779 rungen halten. Die Entwicklungszusammenarbeit muss sich auf die Schaffung geeigne-
 1780 ter politischer, wirtschaftlicher und sozialer Rahmenbedingungen konzentrieren.

1781 **Globale Migration braucht globale Steuerung durch die Staatengemeinschaft.** Viele
 1782 wollen nach Europa und nach Deutschland. Wir stehen zu unserer humanitären Ver-
 1783 antwortung. Wir können aber nicht alle aufnehmen, die zu uns wollen. Sonst könnte
 1784 unsere Hilfe nicht gelingen. Nur durch gemeinschaftliche Kontingente der Staatenge-
 1785 meinschaft können Flüchtlinge fair verteilt werden. Innerhalb Europas sollen sich alle
 1786 Staaten auf Basis einheitlicher Asylgesetzgebung und gemäß ihrer Leistungsfähigkeit
 1787 einbringen.

1788 **Grenzschutz und Grenzkontrolle sind unerlässlich.** Wir müssen wissen, wer sich bei uns
 1789 aufhält. Der Staat kann diesen Schutzauftrag weder ablehnen noch ablegen. Wenn er ihn
 1790 delegiert, muss diese Institution den Grenzschutz gewährleisten. Europa muss seine Au-
 1791 ßengrenzen wirksam sichern, idealerweise gemeinsam mit den außereuropäischen Anrai-
 1792 nerstaaten. Wir befürworten dazu den Aufbau eines wirksamen europäischen Grenzschut-
 1793 zes. Wenn Europa diese Aufgabe nicht erfüllt oder es die Sicherheitslage erfordert, muss
 1794 Deutschland die Sicherung seiner Grenzen vorübergehend selbst übernehmen.

1795 5. Gute Ordnung für ein gutes Leben

1796 *Wir stehen für eine gute Ordnung. Niemals ist Ordnung Selbstzweck oder verliert den*
1797 *Menschen aus dem Blick. Gute Ordnung für ein gutes Leben: Das ist seit mehr als sieben*
1798 *Jahrzehnten unser Auftrag für Bayern, Deutschland und Europa. Diesen Auftrag nimmt*
1799 *die CSU auch künftig selbstbewusst wahr. Für die Zukunft, für das Land, für die Men-*
1800 *schen.*

1801 **Die Ordnung dient den Menschen.** Die Ordnung gibt Stabilität in einer unsichereren
1802 Welt. Sie stärkt das Vertrauen in die Verantwortungsgemeinschaft von Bürgern und
1803 Staat. Sie sichert unsere Werte: Die Ordnung gibt den Rahmen für Freiheit, Sicherheit
1804 und Gerechtigkeit in unserer Gesellschaft. Das eröffnet den Menschen Chancen und
1805 sichert ihre Lebensqualität. Diesen Grundkonsens gilt es zu bewahren und zukunfts-
1806 fest zu machen.

1807 **Die neue Ordnung ist eine gute Ordnung.** Das freiheitliche Miteinander, die Soziale
1808 Marktwirtschaft, der starke Staat und partnerschaftliche Sicherheit haben uns stark
1809 gemacht. Neuer Zusammenhalt, neue Fairness, neues Vertrauen und neue Handlungs-
1810 fähigkeit sorgen für neue Ordnung. Die neue Ordnung stellt sicher, dass unsere Gesell-
1811 schaft freiheitlich bleibt, Zusammenhalt bewahrt wird, die Soziale Marktwirtschaft ihr
1812 Wohlstandsversprechen einlöst und global Stabilität geschaffen wird.

1813 **Die Bürger tragen die Ordnung.** Unsere Ordnung lebt von Voraussetzungen, die sie
1814 selbst nicht schaffen kann. Sie ist darauf angewiesen, dass die Werte gelebt werden,
1815 auf denen sie gründet. Die Bürger legitimieren und leben diese Ordnung. Die Ordnung
1816 ist ein moderner Gesellschaftsvertrag für ein gutes Leben.

CSU-Landesleitung

Franz Josef Strauß-Haus
Mies-van-der-Rohe-Straße 1
80807 München

